

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 5, Juni 2017 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Lebensgefährliche Wohnverhältnisse

Wohnen auf der Baustelle

Seiten 2 - 3

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Stadtblatt-Team wünscht Ihnen
einen wunderschönen Sommer,
erholsame Sonnenstunden und an
heißen Sommertagen immer die nötige
Abkühlung in greifbarer Nähe.



Wohnen darf nicht **arm** machen. ✚



Unterschriftenaktion

Unterstützen Sie unsere Forderungen an die Regierung! Seite 7

KPO

ZITIERT

„Für sie (Elke Kahr) gibt es ein Grundrecht auf soziale und umweltfreundliche Mobilität.“

Argus Steiermark

„Wer stolz verkündet: ›Wir sind Europäer‹, der hat den Nationalismus nicht hinter sich gelassen, sondern lediglich auf eine neue Ebene verfrachtet.“

Franz Schandl, Streifzüge 69/2017

„Die gläubigen Jünger des Neoliberalismus sehen nicht, dass sie in ihrer politischen Blindheit die Wegbereiter für den neuen Autoritarismus und für das Erstarken rechter Parteien in Europa sind.“

Oskar Lafontaine



„Was uns nicht weiterbringt, ist das Festhalten am ›kleineren Übel‹, um den offenen Autoritarismus von Kurz oder Strache zu verhindern.“

Lukas Oberndorfer, Mosaik-Blog

Europa kann nicht zugrunde gehen. Europa muss anders gedacht werden. (...) Mit der Zerstörung Jugoslawiens ist Europa längst verschwunden. Das ist wohl klar. Und jetzt haben wir das Wirtschaftseuropa. Peter Handke, Kleine Zeitung, 7. Mai 2017

AUS DEM INHALT

Was sind Betriebskosten?.....	4
300 Euro Mieterhöhung	5
Reich und gesund.....	6
Nationalratswahl 2017.....	6/7
Die Pläne der Verkehrsstadträtin	8
Mobilitätspakete	9
Sozialcard in Gefahr	10
Aus dem Grazer Gemeinderat .	11
Wohnunterstützung	14
Nachhaltigkeit kommt vom Grottenhof.....	17
Richard Zach	20
Veranstaltungen, Kleinanzeigen, Ankündigungen, Rätsel.....	21-23

Wohnen auf der Baustelle Neu bezogenes Haus strotzt

Im Oktober 2016 sind die ersten Mieter in ihre Wohnungen in der Wienerstraße eingezogen. In ein unfertiges Haus. Noch immer leben sie auf einer Baustelle: Ohne Balkongeländer, mit defekten Steckdosen, fehlenden Duschwänden, ohne Spielplatz vor dem Haus.

Lokalaugenschein im neuen Wohnhaus in der Wienerstraße. Wer den Eingangsbereich betritt, wundert sich, dass das Haus bereits seit Oktober vergangenen Jahres – 9 Monate – bewohnt ist: Böden sind abgeklebt, Kabel hängen von den Wänden. Es überrascht, dass der Lift funktioniert.

Leere Versprechungen, lange Mängelliste

Mehrere Mieter haben sich an Stadträtin Elke Kahr gewendet: Was sie hier erleben, stellt ihre Geduld auf eine harte Probe. Von fehlenden Türen über defekte Steckdosen und Bodenleisten, fehlende Duschwände, Rissen in der Wand bis zu unsachgemäß montierten Geländern reicht die Mängelliste. Von ihren Terrassen blicken die Bewohner der Parterrewohnungen direkt in eine finstere Hochgarage anstatt auf die versprochene Wiese mit Spielplatz.

Kein Balkongeländer

In den oberen Stockwerken ist es verboten, die Balkontüren zu öffnen. Der Grund: Mit dem Anbau

der Balkone wurde erst im April begonnen, bis heute gibt es keine Balkongeländer.

Drohungen statt Instandsetzung

Wer es wagt, sich zu beschweren, wird beschimpft und bedroht. Eine Mieterin bekam die Kündigung zugestellt, zusätzlich wurde ihr eine Klage wegen Rufschädigung über 200.000 Euro angedroht. Ihre Wohnung habe der Eigentümer bereits im Internet inseriert, um einen Nachmieter zu finden, berichtet die Betroffene. „Die Frau hat sich nichts zuschulden kommen lassen. So einfach kann man als Mieterin oder Mieter nicht gekündigt werden“, beruhigt Kahr. Der Brief sei vor allem ein Einschüchterungsversuch seitens des Eigentümers.

Miethöhe wird geprüft

Wir läuten an einer Tür: Ein junger Mann öffnet. Erst heute sei seine Eingangstüre ausgetauscht worden, erzählt er. Davor konnte man durch einen zentimeterbreiten Spalt in die Wohnung schauen.



„Zustände wie in diesem Haus habe ich schon lange nicht gesehen“, sagt die Stadträtin. Seit November zahlen die Mieterinnen und Mieter die volle Miete und wohnen doch bis heute auf einer Baustelle. Elke Kahr lässt jetzt Maßnahmen gegen die Hausverwaltung (Mietzinsminderung) prüfen.



Eindrücke der Mängel im Miethaus Wienerstraße.

zt vor Mängeln



Lebensgefährlich! Vom Balkon geht es direkt 5 Stockwerke in die Tiefe.

Scheinheiligkeit aufgedeckt

Bei Parteienförderung spart Schwarz-blau nicht

Scheinheiligkeit der Stadtregierer: Bei sich selbst wird nicht gespart.

Die Grazer Rathauskoalition will im neuen Budget fünf Prozent der genehmigten (!) Ausgaben nicht auszahlen. Das geschieht im Namen der Sparsamkeit. Es gibt aber eine Ausnahme: Bei der Parteienförderung gilt diese 5-Prozent-Sperre nicht.

Der KPÖ ist es im Übereinkommen mit ÖVP und SPÖ in den Jahren 2015 und 2016 gelungen, die Parteienförderung um drei Prozent zu kürzen. Für das Budget 2016 hatte die KPÖ eine weitere Kürzung um 10 Prozent vorgeschlagen.

Das haben die anderen Parteien abgelehnt.

Parteien- und Klubförderung machen in Graz 2,3 Millionen Euro pro Jahr aus. Das ist die höchste Förderung österreichweit.

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr: „Für mich gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder hebt man die 5-Prozentsperre für alle Bereiche auf oder man kürzt auch bei der Parteienförderung. Die KPÖ tritt nach wie vor für die Halbierung der Parteienförderung in Graz ein.“ Mit dem eingesparten Geld könnte man etwa eine Erhöhung des Preises der Grazer Jahreskarte abwenden.



MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Gute Arbeit oder billige Show

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Wer seine Arbeit gut und ordentlich macht, wird anerkannt. So soll es im täglichen Leben sein. In der Politik ist es aber oft anders. Da kommt es für die meisten Parteien nur auf die Show an. Die Verpackung ist alles, der Inhalt wandert bestenfalls in das Kleingedruckte. Warum ist es notwendig, gerade jetzt darauf hinzuweisen? Es ist Wahlkampfzeit. Und Wahlkampf hat sehr viel mit Show und mit Stars zu tun.

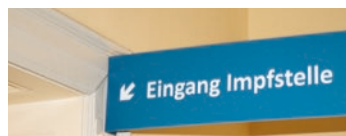
Dabei müssten die Parteien auf den Tisch legen, was sie erreicht haben, um das tägliche Leben der Menschen zu verbessern. Aber hier sieht ihre Bilanz gar nicht gut aus.

Deshalb verschweigen sie, dass sie bei ihrem wichtigsten Wahlversprechen aus dem Jahr 2013 gescheitert sind: Die Regierung hat keine soziale Mietrechtsreform zustande gebracht. Leistbares Wohnen ist für immer mehr Menschen zu einem unerreichbaren Traum geworden.

Deshalb sammelt die KPÖ gerade jetzt österreichweit Unterschriften, damit dieses Thema nicht von der Bildfläche verschwindet. Die ersten Ergebnisse zeigen einen großen Zuspruch. Ich bitte auch Sie darum, unsere Aktion zu unterstützen, damit eine neue Regierung dieses wichtige Anliegen nicht vom Tisch wischen kann.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60



FSME – jetzt impfen!

Noch bis Ende Juli läuft die Zeckenschutz-Impfaktion der Stadt Graz. „Impfen schützt!“, betont Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer (KPÖ). In der Impfstelle im Grazer Bürgeramt in der Schmiedgasse gibt es die Impfung unkompliziert – und günstiger als anderswo. Nähere Infos: <http://www.graz.at/impfen>

KLEIN, aber MIT BISS



So viele „K“ in der Politik: Aber – ob Kern, ob Kurz, – ich unterstütze die KPÖ.

§§ RECHT GEFRAGT §§

Betriebskosten: Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

In diesen Tagen flattern vielen Mietern die Betriebskostenabrechnungen ins Haus. Nicht immer sind sie korrekt, deshalb lohnt es sich, einen genaueren Blick darauf zu werfen.

Gesetz zählt Betriebskosten taxativ auf

Grundsätzlich haben im Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes nur folgende Positionen etwas in der Betriebskostenabrechnung zu suchen:

- Wasserversorgung
- Rauchfangkehrung
- Kanalräumung
- Müllabfuhr
- Schädlingsbekämpfung
- Beleuchtung des Stiegenhauses (incl. Austausch der Glühbirnen)
- Versicherung des Hauses (Feuer-, Haftpflicht- und Leitungswasserschadenversicherung)
- Hausbesorgerkosten
- Verwaltungskosten und öffentliche Abgaben (Grundsteuer).

Ebenso dürfen die Kosten des Betriebes von Gemeinschaftsanlagen (z.B. Personenaufzüge, gemeinsame Wärmeversorgungsanlagen oder zentrale Waschküchen) verrechnet werden. Auch die Kosten für die Entsorgung von Gegenständen, deren Eigentümer nicht bekannt sind, dürfen als Betriebskosten verrechnet werden.



Nähere Informationen dazu erhalten Sie im Büro von Stadträtin Elke Kahr (0316/872-2062), in der Wohnungsinformationsstelle der Stadt Graz (0316/872-5450) und über den Mieternotruf der KPÖ Tel. 0316 / 71 71 08



Mag. Alfred Strutzenberger,
Mietrechtsexperte im Büro
von Stadträtin Elke Kahr

Keine Betriebskosten sind:

Nichts in einer Betriebskostenabrechnung verloren haben Kosten für **Reparaturen**. Wird beispielsweise ein Kamin zugemauert, ein Wasserrohrbruch behoben, ein Fenster repariert oder ausgetauscht, sind die Kosten dafür keine Betriebskosten, sondern vom Vermieter aus der Mietzinsreserve zu bezahlen.

(Neu)anschaffungen von Gegenständen wie Rasenmähern, SAT-Anlagen, Heizkesseln etc. sind ebenfalls keine Betriebskosten.

Zu Unrecht bezahlte Betriebskosten können innerhalb von drei Jahren über die Schlichtungsstelle bzw. das zuständige Bezirksgericht zurückgefordert werden. Unser Büro steht Ihnen für Fragen zu Ihrer Betriebskostenabrechnung gerne zur Verfügung!

Gegen Kraftwerk und Kanalskandal

Das Murkraftwerk zerstört nicht nur unsere grüne Stadtlunge und wichtigen Freizeit- und Naturraum. Es auch der einzige Grund für den Bau des Zentralen Speicherkanals. Das Doppelprojekt, das die Stadtregierung am 29. Juni mit dem Budgetbeschluss im Gemeinderat auf Schiene bringen will, würde die Stadt über 160 Millionen Euro kosten. Mit vereinten Kräften können wir die Mur und die Stadtfinanzen noch retten! Zwei Drittel der Bäume stehen noch und unser Fluss fließt noch frei.



Retten wir die Rettung! EU-Richtlinie gefährdet Rettungsdienste

Kompetentes und Erfahrenes Rettungspersonal plus Zehntausende gut geschulte Freiwillige: Das ist, was das österreichische Rettungswesen ausmacht. Angefangen bei der flächendeckenden Versorgung mit Krankentransporten bis hin zur professionellen Hilfe bei Katastrophen.

Eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 sieht jedoch vor, das Rettungswesen den Regeln des EU-Marktes zu unterwerfen und damit zu „liberalisieren“. Wird die Richtlinie zu österreichischem Recht, müssen – mit Ausnahme der Notärzte – sämtliche Rettungsdienste EU-weit ausgeschrieben werden. Bei der KPÖ stößt das auf



Foto: Jacktd – Wikipedia, CC BY-SA 3.0

vehemente Ablehnung. „Profitable Bereiche des Krankentransports für gewinnorientierte Firmen zu öffnen, würde die Büchse der Pandora öffnen“, erklärt der Grazer Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer. „In der Daseinsvorsorge hat kapitalistische Gewinnmaximierung nichts verloren. Die EU greift hier eine tragende Säule unseres Gesundheitswesens an. Das weisen wir mit aller Kraft zurück“, so Krotzer.

Mieter-Notruf

Elke Kahr. **KPÖ**

Tel. **0316 71 71 08**
mit Stadträtin Elke Kahr

Wir überprüfen, beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.
Täglich von 10.00 – 20.00 Uhr (auch am Wochenende)

Schock für Mieter

Miete plötzlich um über 300 Euro teurer

Die Hiobsbotschaft flatterte zwischen Weihnachten und Neujahr ins Haus: Ab Jänner sollten die Mieter in der Eduard-Keil-Gasse zwischen 300 und 350 Euro mehr bezahlen. Stadträtin Elke Kahr vermittelte.

Als Christine Wohlkönig am 29. Dezember letzten Jahres ein Schreiben der BUWOG öffnete, traute sie ihren Augen nicht: Ab Jänner sollte sie statt 504,32 plötzlich 806,70 Euro monatliche Miete bezahlen – unmöglich für die Pensionistin. Verzweifelt rief sie im Büro von Stadträtin Kahr an: „Ich habe sofort die anderen Mieter zusammengetrommelt und gemeinsam sind wir zu Elke Kahr gegangen“, erzählt sie.

Kalt erwischt

Acht Parteien wohnten zu diesem Zeitpunkt im Mehrparteienhaus in der Eduard-Keil-Gasse 93, unter ihnen Familie Allmer. „Wir sollten statt 531 Euro 894 Euro, also um 363 Euro mehr bezahlen“, erinnert sich Herbert Allmer leb-



haft an den Schock der Mietzinsvorschrift. Betroffen war auch ein Studentenpaar, das gerade erst im Oktober eingezogen ist. Auch die beiden jungen Leute werden von der Kunde über den bevorstehenden Mietensprung überrascht.

Mit Hilfe von Elke Kahr wurde ein Schreiben an die Hausverwaltung aufgesetzt. Kahr verständigte den ORF, der über die Sache berichtete. „Schließlich konnten wir erreichen, dass die Mieterhöhung für ein halbes Jahr ausgesetzt wurde. Die Hausverwaltung versprach, in der Zwischenzeit Verhandlungen mit der Bank zur Streckung der Darlehensrückzahlungen aufzunehmen“, so Kahr. Der Dank gilt hier vor allem der flexiblen Vorgehensweise der BUWOG-Zentrale, die ohne gesetzliche Verpflichtung bereit war, eine Lösung zu finden.

Frist verlängert

Es folgten Monate des Zitterns und der Unsicherheit für die Mieter. Mehrmals telefonierte

Kahr mit der Geschäftsführung der BUWOG in Wien. Die Zeit wurde immer knapper. Anfang Mai schließlich das erlösende Schreiben: „Die Rückzahlungsfrist wurde um 9 Jahre – bis 2032 – verlängert, die monatlichen Rückzahlungsbeträge verringern sich im Schnitt um ein Drittel.“

Umzug

Frau Wohlkönig ist vor kurzem mit ihren Katzen Silvester, Petzi und Fibi sowie mit ihrer treuen Hündin Pippa in eine neue Wohnung gezogen. „Auch mit einer geringeren Mieterhöhung hätte ich

mich stark einschränken müssen, um mit meiner Pension über die Runden zu kommen“, sagt sie. „Die jetzige Wohnung ist kleiner, aber auch günstiger. Und Elke Kahr hat mir eine Siedlungshilfe organisiert.“

Auch Familie Allmer wird nicht in der bisherigen Wohnung bleiben, da der Sohn mit Freundin ohnehin in eine eigene Wohnung zieht. „Trotzdem sind wir dankbar, dass Elke Kahr sich so für uns alle eingesetzt hat“, sagt Herr Allmer.

Auch für das Studentenpaar, das im Haus bleibt, wurde ein Kompromiss gefunden: Die Miete wird zwei Jahre lang eingefroren.

Missglückte Gesetzgebung

Das Wohnbauförderungsgesetz aus den 1990er Jahren machte es möglich: Anfänglich niedrige Mieten von mit Landesmitteln geförderten Wohnbau erleben nach 21 oder mehr Jahren plötzlich einen gewaltigen Sprung, wenn die Darlehen auslaufen und die Mieter den vom Land über all die Jahre geleisteten Annuitätzuschuss verzinst zurückzahlen müssen. Dadurch erhöhen sich die Mieten oft um mehrere 100 Euro. Eine generelle Streckung der Darlehenslaufzeit könnte das Problem verringern.

Vorgartenspaziergang durchs Schönauviertel

mit Gertraud Prügger
Mi., 28. JUNI 2017, 16-18 h
Treffpunkt: SMZ Jakomini
C.-v.-Hötendorf-Straße 55
BIM Linie 4+5
HS: Ecke Jakomini-/ Messe
Teilnahme kostenlos
WWW.SMZ.AT
Tel. 0699 18 08 43 75



Reich und gesund oder Arm und krank?

Eine sozial gerechte Gesundheitspolitik erfasst alle Lebensbereiche der Menschen. Der gleiche (und freiwillige) Zugang aller Menschen zur medizinischen Versorgung muss garantiert sein.

Gesundheit darf keine Frage des Einkommens oder Vermögens sein, sondern ist ein Grundrecht für alle. Zustände wie in den USA, wo große Teile der Bevölkerung nur schwer Zugang zu medizinischer Betreuung haben, wünscht sich kaum jemand in Österreich. Und dennoch ist Gesundheit auch in Österreich vielfach ungleich verteilt.

Was uns krank macht

Wesentlichen Einfluss auf die Gesundheit eines Menschen haben die sozialen Umstände: Der steigende Druck im Arbeitsleben, Armutsgefährdung, Stress, Lärm und zunehmender Verkehr, mangelnde gesellschaftliche Kontakte oder schlechte Wohnumgebung machen viele Menschen krank. Die ungleiche Verteilung des Vermögens in unserem Land hat also auch direkt und indirekt Auswirkungen auf die Gesundheit. Immer mehr Menschen haben aufgrund ihrer finanzi-

ellen Möglichkeiten längst nicht mehr den Zugang zur besten medizinischen Versorgung, vielmehr müssen sie etwa im Fall eines Krankenstands Angst um den Arbeitsplatz haben.

Kostenfaktor Mensch

Gleichzeitig wurde der Gesundheitssektor, wie andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge bis hin zum Trinkwasser, ins Visier der großen Konzerne genommen. Man spricht plötzlich nur mehr vom „Gesundheitsmarkt“ und dem „Kostenfaktor Mensch“. Ein besonders bedenkliches Spiel treibt die Pharmaindustrie. Mit fragwürdigen Mitteln wird die öffentliche Versorgung zu Preissteigerungen gezwungen.

Die etablierte Politik duckt sich in vielen dieser Fragen weg – oder ist gar Erfüllungsgehilfin jener, die Profite mit der Krankheit machen wollen. Die KPÖ hingegen vertritt einen ganzheitlichen



von KPÖ-Stadtrat
Robert Krotzer

Gesundheitsansatz. Das bedeutet, dass wir uns für ein starkes öffentliches und kostenloses Gesundheitswesen für alle Menschen einsetzen anstelle der um sich greifenden Zwei-Klassen-Medizin. Und weiters, dass wir uns stark machen für Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen, die Menschen nicht krank machen, sondern durch soziale Gerechtigkeit das Wohlbefinden und damit die Gesundheit aller fördern.

Sie möchten mir Ihre Meinung zum Thema mitteilen?

Ich bin gerne für Sie unter der Telefonnummer 0316/ 872 2070, E-Mail: stadtrat.krotzer@stadt.graz.at – oder auf Facebook unter fb.com/robert.krotzer.graz erreichbar.

Vorgezogene Nationalratswahl Alles neu – mit

Wir kennen das aus der Werbung: Eine Marke wird schwächer und deshalb weniger gekauft. Sofort gibt es einen Spot im Fernsehen: XY ist jetzt neu. Das neue XY ist viel besser als das alte. In der Produktwerbung funktioniert dieses Spiel. Deshalb hat es jetzt die Politik übernommen.

Auf einmal gibt es die Neue Volkspartei mit Kurz und seit einem Jahr schon die SPÖ Neu mit ihrem Plan A und Kanzler Kern.

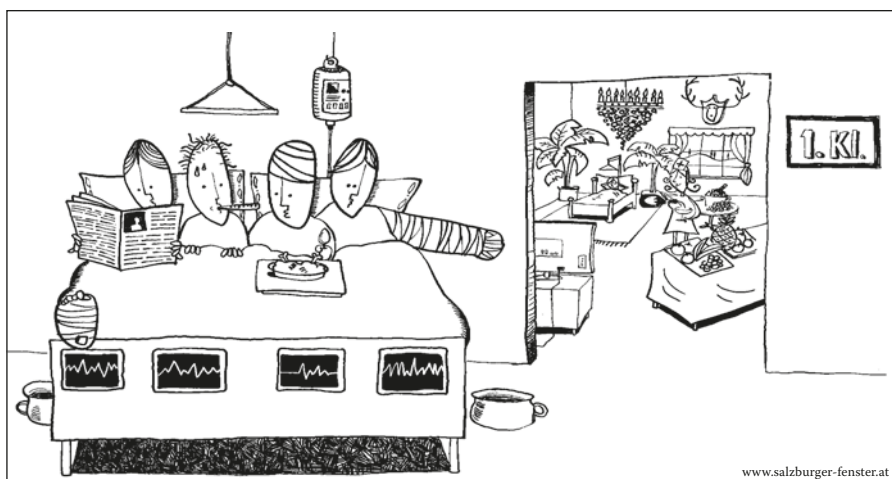
Die Verpackung der Politik ändert sich, damit sich der Inhalt nicht ändern muss. Und der Inhalt heißt Sozialabbau.

Die Halbwertszeiten in der Politik werden immer kürzer. Der Grund dafür ist nicht in der Politik selbst zu suchen, sondern in ihren Grundlagen, in der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Parteien können ihr Versprechen nicht mehr halten, das sie den Wählerinnen und Wählern gegeben haben: eine sichere, sozial ausgewogene Entwicklung. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Altersversorgung ist in Gefahr, das Gesundheitswesen wird zu Tode reformiert, die Dritte Welt wandert in die Metropolen ein, Krieg und Terror sind zum Alltag geworden.

Katastrophen abwenden

Nur eine Politik, welche das Gesellschaftssystem, das solche Krisen produziert, in Frage stellt, könnte die drohenden Katastrophen abwenden. Die herrschenden Parteien agieren aber nicht autonom, sie sind von den Herren des Geldes abhängig.

Deshalb nützen sich die Helden von gestern immer schneller ab, in den meisten Staaten des Westens, aber auch in Österreich. Obama versprach Hoffnung und brachte Enttäuschung, der französische Präsident Hollande wurde in Rekordzeit vom Hoffnungsträger für sozialen Wandel zur tauben Nuss.



Riesenwaschkraft?



Von Faymann zu Kern, von Mitterlehner zu Kurz: Auch in Österreich kann man diese Entwicklung sehen. Im Augenblick hat die ÖVP die Nase vorn: Alles redet über Sebastian Kurz und über die Neue Volkspartei. Damit will man die Nationalratswahl am 15. Oktober gewinnen.

Warum? Zuerst einmal, um die wichtigsten (und lukrativsten) Posten im Land zu besetzen. Wichtig ist aber auch etwas anderes: Die Demontage unseres Sozialsystems und noch bessere Rahmenbedingun-

gen für die Großkonzerne sollen sehr schnell durchgesetzt werden. Blaupausen für diese Pläne kann man in den Papieren der EU nachlesen.

Darüber redet man vor der Wahl nicht so gerne, weil man die Stimmen der Leute braucht.

Fliederblau mit Sozialabbau

Wir haben das bei der Gemeinderatswahl am 5. Februar in Graz erlebt. Bürgermeister Nagl versteckte das Parteisymbol der ÖVP, er versprach, ein

„Bürgermeister für alle“ zu sein, seine Plakate waren in grüner Farbe gehalten. Und danach? Danach installierte er Schwarz-blau und leitete den Abbau von Sozialleistungen ein.

Die KPÖ redet vom Wohnen

Nur die KPÖ stellt sich gegen diese Entwicklung. In Graz mit Erfolg. Es gibt aber ein Zeichen der Hoffnung: Alle reden über Sebastian Kurz. Nur die KPÖ redet vom Wohnen und sammelt in diesen Tagen Unterschriften für

Von Medvedev
- Eigenes Werk,
CC BY-SA 3.0,
commons.
wikimedia.
org/w/
index.php?cu-
rid=20897512



eine soziale Mietrechtsreform (siehe unten).

Das ist vielleicht nicht so attraktiv wie die Werbesprüche der Großparteien, geht aber von den Interes-

sen der Bevölkerung aus. Schließlich brauchen alle ein Dach über dem Kopf, nicht nur Sebastian Kurz und Christian Kern.

Franz Stephan Parteder

Parlamentarische Bürgerinitiative
an den Österreichischen
Nationalrat

Wohnen darf nicht *arm* machen.

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

Die Regierung hat ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



Helfen statt reden. **Elke Kahr**

KPÖ

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden. Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79.

Wir holen ausgefüllte Listen auch gerne ab.

Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at

Verkehrspolitik: Elke Kahr und ihre Pläne

Günstige Mobilität, Vorrang für Öffis, Rad und Fuß

„Mir geht es darum, Akzente zu setzen und Entwicklungen in Richtung sanfte Mobilität wieder zu verstärken“, erklärte Stadträtin Elke Kahr, die neue Verkehrsstadträtin der Stadt Graz. Kahr: „Es gibt ein Grundrecht auf Mobilität, und dieses ist in sozialer und umweltverträglicher Weise zu ermöglichen.“

Die neue Verkehrsstadträtin erteilte „hochtrabenden Utopien“ und der „Finanzierung von Luftschlossern“ – Stichwort Murgondel – eine Absage. Für sie bildet der öffentliche Verkehr und insbesondere die Straßenbahn das Rückgrat des städtischen Mobilitätsangebots, das es zu leistbaren und stabilen Ticketpreisen geben muss.

Ausbauprojekte für Tram

Offen ist die Finanzierung der Straßenbahn-Ausbauprojekte Reininghaus, Smart City und die Planung für die Südwestlinie/Innenstadtentflechtung. Bürgermeister Nagl hat diese Projekte an sich gezogen, sein ÖVP-Kollege Günter Riegler blockierte im Zuge der Budgetverhandlungen die Freigabe der Mittel für die umsetzungsreifen Projekte Smart City und Reininghaus. Er will bis Herbst warten und dann das eine oder andere Projekt aus einer anonymen „Blackbox“ hervorzaubern. Voraussetzung: Bund und Land müssen als Mitzahler ins Boot geholt werden.

E-Mobility

Skeptisch steht Kahr den der hochgejubelten Hightech-Innovationen gegenüber: „Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, in Vorleistung zu treten und Firmen und Konzerne beim Testen von selbstfahrenden Fahrzeugen und E-Fahrzeugen zu unterstützen.“ Zum Thema E-Mobility stellte



foto styria mobile

Stadträtin Elke Kahr setzt auf eine ausgewogene Verkehrspolitik in Graz.

Kahr klar, dass Privilegien wie das Gratis-Parken in Kurzparkzonen für E-Fahrzeuge nicht auf Dauer gelten können: „Das ist allein schon ein Mengenproblem, weil es immer mehr E-Fahrzeuge gibt und der Parkdruck insgesamt immer größer wird.“

Sicherheitsoffensive

Vorrang haben ungeschützte Verkehrsteilnehmer, für die es eine Sicherheitsoffensive geben soll. Dazu gehört die Einrichtung von Wohnstraßen oder das Modell von temporären Sperren vor Unterrichtsbeginn vor Schulen. Um einen Schulterschluss im Umweltverbund, konkret zwischen Öffis und Radfahren, geht es beim Pilotprojekt „Sichere Schienenquerungen“. Trotz gekürzter Budgetmittel sollen Hauptradrouten verbessert, fehlende Verbindungsachsen sowie die Erschließung von Siedlungsgebieten am Stadtrand ermöglicht werden.

Dazu kommt der Ausbau sicherer Abstellanlagen und die Erweiterung von Altradentsorgung

und -recycling vorzugsweise über sozialökonomische Projekte. Wiederbelebt wird nach Jahren das auf Eis gelegte „Radforum“, in dem Verwaltung und Politik mit engagierten Alltagsradlern zusammentreffen.

Ebenfalls geplant ist der Ausbau von Gehwegen in den Randbezirken und die Einrichtung von Rastmöglichkeiten für Fußgänger.

Ein Ziel der beschlossenen verkehrspolitischen Leitlinie ist die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs. Dennoch müssen Anwohner die Möglichkeit haben,

ihr Auto zu vertretbaren Kosten – in neuen Siedlungsgebieten etwa in Sammelgaragen – abzustellen.

Keine Citymaut

Die beste Maßnahme gegen den Feinstaub sieht Kahr im Ausbau des Öffentlichen Verkehrs.

Als Zwischenschritt werden Autofreier Tag, Freifahrt an Feinstaubtagen und andere Maßnahmen in einer Arbeitsgruppe von Land und Stadt ins Auge gefasst, um für 2018/19 eine Entscheidung vorzubereiten. Eine Citymaut lehnt Elke Kahr ab.

Ermäßigte Jahreskarte in Graz

Vor zwei Jahren konnte die KPÖ erreichen, dass die Jahreskarte der Graz Linien für Grazerinnen und Grazer stark verbilligt wurde. Die Stadt Graz leistet zu jeder Jahreskarte einen Zuschuss von 175 Euro. Ab 1. Juli 2017 kostet die Jahreskarte Graz 247 Euro (bisher 241 Euro). Die Verantwortlichen des Verkehrsverbundes erhöhen die Öffi-Tarife jedes Jahr im Juli um

das bis zu 1,75-fache der Inflationsrate. Deshalb werden die Karten für Bus und Bim immer teurer. Heuer steigen die Öffi-Tarife in allen Kategorien: Die Stundekarte von 2,20 auf 2,30 Euro, oder die Jahreskarte von 416 auf 422 Euro (ohne Zuschuss). Ziel muss es sein, diese unverhältnismäßigen Preiserhöhungen zu stoppen.

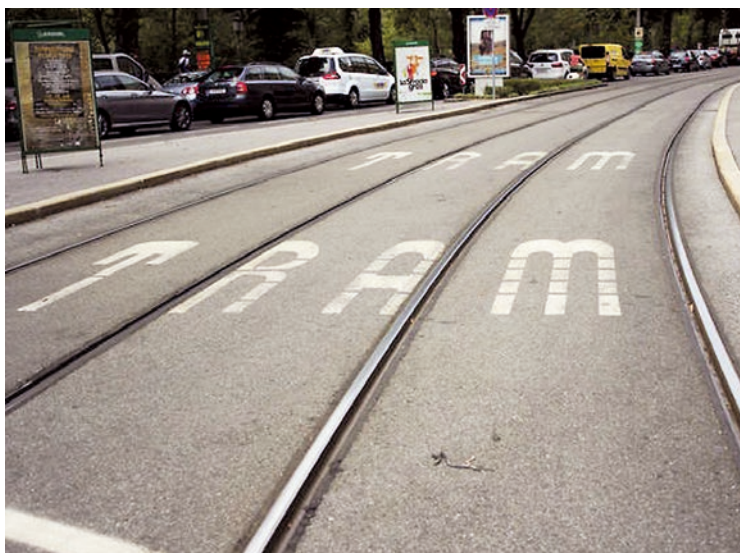
Mariatrost: Zweigleisiger Ausbau der Tram

Der teilweise zweigleisige Ausbau der Straßenbahn-Linie 1 ist auf Schiene. Gemeinsam mit Finanzstadtrat Günter Riegler (ÖVP) gab Stadträtin Elke Kahr im Kontrollgremium von Stadt Graz und Graz Holding „Grünes Licht“ für die 2,3 Mio. Euro-Investition.

Der zweigleisige Ausbau wird im Zuge des ohnedies notwendigen Schienentausches zwischen den

Stationen Kroisbach und Wagnerweg auf einer Länge von 1,1 km sofort umgesetzt. „Damit wird es möglich, die Pünktlichkeit zu erhöhen und Spielraum für künftige Intervallverdichtungen zu schaffen“, so Kahr. Eine Taktverdichtung von 10 auf 7,5 Minuten wird möglich.

Ebenfalls beschlossen wurde die Einrichtung der Haltestelle „Brauquartier“ der Linie 5.



Der Ausbau des Straßenbahnnetzes hat absoluten Vorrang.

Carsharing wird ausgebaut

Die Holding Graz baut Carsharing aus: Ein Grundsatzbeschluss wurde vom Gemeinderat gefasst.

„Damit wird ein wichtiger Schritt gesetzt, um Automobilität ohne eigenes Kfz zu ermöglichen“, unterstreicht Verkehrsstadträtin Elke Kahr. Carsharing ist eine sinnvolle Ergänzung zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Radfahren und Zufußgehen und somit wichtiger Bestandteil im urbanen Mobilitätsmix.

„täglich intelligent mobil“

Die Erfahrungen mit dem ersten tim-Standort (tim = täglich intelligent mobil) am Hasnerplatz sind positiv: rund 300 Nutzer wur-

den registriert. In den kommenden Tagen werden zwei weitere multimodale Knoten am Jakominigürtel und in der Eggenbergerallee/Janzgasse nahe der Auster eröffnet. Zusätzlich werden tim-Standorte am Schillerplatz und im Brauquartier vorbereitet.

Die tim-Standorte werden gemischt je zur Hälfte mit E-Autos und konventionellen Dieselaautos bestückt. Reine Carsharing-Standorte werden im öffentlichen Raum, aber auch in neuen Siedlungen auf Privatgrund errichtet. Sie können teilweise zu tim-Standorten erweitert werden. Im Endausbau sieht das Projekt der Holding Graz 18 multimodale Knoten und zehn Carsharing-Standorte im öffentlichen Raum vor.

5000. Mobilitätspaket

Neues Leben ist auf den Gründenden der ehemaligen Hummelkaserne dank der erfolgreichen Umsetzung der KPÖ-Initiative „Wohnen auf Kasernengrund“ eingeleitet: Im Vorjahr konnte Elke Kahr dort 92 Gemeindewohnungen in Holzbauweise übergeben, jetzt sind in der angrenzenden Kohlbachersiedlung neue Bewohner eingezogen.

Der Einzug in eine neue Wohnung geht meist einher mit Änderungen der täglichen Wege und des Mobilitätsverhaltens. Die Stadt Graz greift in dieser Phase mit einem Mobilitätspaket unter die Arme. Das mittlerweile

fünftausendste dieser Pakete konnte Stadträtin Elke Kahr bei einer Wohnungsübergabe an eine Bewohnerin der Kohlbachersiedlung überreichen. Neben vielen Informationen zu Straßenbahn, Bus und Bahn befindet sich in den von MobilZentral zusammengestellten und über die Wohnbauträger verteilten Paketen eine 10-Zonen-Karte und die neueste Ausgabe der Grazer Radkarte.

Abgerundet wird das Mobilitäts-Paket mit Informationen zum Carsharing und zum Parken.

INFO: www.mobilzentral.at
Tel. 050 / 678 910

Adresse: Jakoministr.1, 8010 Graz

Foto: Stadt Graz/Fischer



Stadträtin Elke Kahr überreichte das 5000. Mobilitätspaket im Zuge der Schlüsselübergabe in der Maria-Pachleitner-Straße an Mag^a. Andrea Kraxner.



Stadträtin Elke Kahr mit Verkehrsminister Jörg Leichtfried beim tim-Standort.

BMVIT, Holding Graz mit Energie Graz und Wirtschaftskammer sowie als Partner IBV Fallast (Planung), TU Graz, FH Joanneum, Quintessenz, E-Mobility Graz, Stadt Graz Verkehrsplanung und Straßenamt.

SozialCard in Gefahr

„Sozial“-Stadtrat Kurt Hohensinner (ÖVP) will Verwaltungsvereinfachung rückgängig machen

Auf Initiative der KPÖ wurde 2012 die SozialCard in Graz für einkommensschwache Menschen eingeführt.

Die Idee: Sozialleistungen zusammenzufassen und unbürokratisch den Menschen, die sie brauchen, zur Verfügung zu stellen. So gab es mit der Sozialcard die Ermäßigung für Bus&Bim, den Heizkostenzuschuss, eine kleine finanzielle Unterstützung zu Weihnachten und zum Schulstart, Einkaufsmöglichkeiten bei den Vinzi-Märkten sowie Rabatte bei ausgewiesenen Geschäften.

Zukünftig sollen Inhaber der SozialCard jede einzelne Unterstützung wieder extra beantragen müssen. Offenbar will man die Anspruchsberechtigten

als Bittsteller im Sozialamt sehen. Die als innovativ angekündigte „niederschwellige Onlinevariante“ kann als Zynismus betrachtet werden. Wie sollen beispielsweise ältere Menschen über das Internet zu diesen Formularen gelangen?

Sparen auf dem Rücken der Schwächsten

Die Absicht der schwarz-blauen Stadtreger ist: der Zugang zu Unterstützungen soll so kompliziert wie möglich sein. So werden viele Anspruchsberechtigte die Anträge gar nicht stellen oder Fristen versäumen.

Der erste Streich von „Sozial“-Stadtrat Hohensinner lässt erahnen, zu welchen Entwicklungen es im Sozialressort zukünftig kommen soll. Erfolgreiche



Uli Taberhofer



Die „Reform“ ist im Grunde eine Leistungskürzung.

Errungenschaften werden beschnitten, um bei benachteiligten Menschen einzusparen. Im gleichen Atemzug werden Millionen – etwa an Bauinvestoren – verschenkt.

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer forderte im Gemeinderat ein Bekenntnis der Stadtreger zur Beibehaltung der SozialCard in der bisherigen Form. ÖVP und FPÖ stimmten dagegen.



Warteschlangen sind vorprogrammiert.

Foto: iStock

Kicken für Frieden und Solidarität



Sage und schreibe 47 Teams spielten beim achten „Kicken gegen rechts“ im Grazer Augarten auf vier Feldern für Frieden und Solidarität. Das von der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) veranstaltete Fußballturnier zog heuer hunderte Schaulustige an, die sich an Sommerwetter, heißen Spielen, kühlen Getränken, Gegrilltem und Musikalischem erfreuten. Als Gewinner gingen in diesem Jahr die Tramway Funatix vom Platz, gefolgt von den Legen-

dären Parkkickern und Cronbach Alpha. Besonders aufgezeigt haben die Schönaugürtel Allstars. Das mit Abstand jüngste Team schaffte es – zur Verwunderung und Begeisterung aller – bis ins Achtelfinale. „Im Augarten – mit seiner großen geschichtlichen Bedeutung für den Grazer Fußball – wurde wieder einmal bewiesen, dass Fußball völkerverbindend wirkt und fernab von Kommerz funktionieren kann“, freut sich Mario Radman vom Organisations-Team.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

NATURSCHUTZBEIRAT AUF EIS



Der Naturschutzbeirat tagte zuletzt im November 2016. Seither liegt der Beirat, der sich aus Experten in Natur- und Umweltschutzfragen zusammensetzt, auf Eis. Ein neues Konzept liegt vor. Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** forderte die Wieder-Einberufung dieses wichtigen Gremiums.

FERNWÄRMEVERSORGUNG SICHERN

Mit Schließung des Kraftwerkes in Mellach im Jahr 2020 muss die Fernwärmeversorgung der Stadt umgestellt werden. Auf Anfrage von Gemeinderat **Andreas Fabisch** wurde eine Präsentation des aktuellen Standes noch im Juni zugesichert. Trotzdem zeigt sich Fabisch besorgt: „Bei den Alternativen zu Mellach muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Erhöhung des Fernwärmegrundpreises kommt.“



SCHWARZ-BLAU: TEURE PRÄSENTATION

Nagl und Eustacchio ließen es für ihre pompös inszenierte „Agenda 22“ – also für ihr Koalitionsabkommen – in der Messe krachen. Auf Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs** gibt Nagl zu, 7.730 Euro aus der Grazer Stadtkasse für eine



externe Agentur angewendet zu haben, Raumieten (Messe!) nicht eingerechnet. „Weniger Pomp und Inszenierung, dafür mehr Politik für die Menschen der Stadt wäre angebracht“, so Heinrichs.

LÄRMSCHUTZ REININGHAUS



In den vergangenen Monaten war wiederholt davon die Rede, dass die Stadt die Kosten für Lärmschutzmaßnahmen bei der Mälzerei auf den Reininghausgründen übernimmt, um Verzögerungen bei der Bebauung der Flächen zu vermeiden. „Von mehr als einer Million Euro ist die Rede“, erinnerte KPÖ-Gemeinderat **Horst Alic** in seiner Frage an Finanzstadtrat Riegler. Dieser sicherte zu, dass die Stadt die Kosten für die Umrüstung der Mälzerei nicht tragen wird.

Nagl schenkt Bau-„Investoren“ 2,7 Millionen Euro

Der Gemeinderat hat (gegen die Stimmen der KPÖ) „Asset One“ und den Bauinvestoren der Reininghausgründe eine Reduktion des Infrastrukturbeitrages um 2,7 Millionen Euro zugesagt. Gleichzeitig werden Kürzungen im Sozialbudget angekündigt und der wichtige Straßenbahnausbau aufgrund von Geldmangel seit Jahren hinausgezögert.

AUS FÜR NAHVERSORGER – WANN KOMMT DER POSTGIPFEL?

Mit 1. Juni hat wieder ein Postpartner, nämlich jener am Hasnerplatz, seine Pforten geschlossen. Nicht nur als Anlaufstelle für Kunden der BAWAG PSK und der Postdienste wurde der Postpartner gebraucht. Aus aktuellem Anlass fordert KPÖ-Gemein-



derat **Christian Sikora** Bürgermeister Nagl auf, den 2016 beschlossenen Grazer Postgipfel endlich durchzuführen. „Das Postnetz in Graz schrumpft immer weiter. Es muss gehandelt werden!“, so Sikora.

GRANDIMOOSER FEINSTAUBKILLER

Gemeinderat **Christian Sikora** (KPÖ) stellte im Gemeinderat die Nutzung von Moos als Feinstaubkiller zur Diskussion. In Städten wie Berlin oder Paris wird auf Moosfassaden und -wände gesetzt, um den Feinstaub aus der Luft zu filtern. „Mit Mooswänden werden bis zu 75 Prozent des



Feinstaubs vollständig beseitigt, die restlichen 25 Prozent lagern sich im Moospolster ab“, erklärt Sikora. Vor allem auf stark befahrenen Straßen, wie beispielsweise die Conrad-von-Hötzendorf-Straße, könnten Mooswände die Feinstaubbelastung reduzieren. Auch für den Grazer Botaniker Dr. Christian Berg ist es vorstellbar Moos beispielsweise in den Zwischenräumen von Straßenbahnschienen zu installieren.

ZU VIEL GRAU – NEIN ZUM FLÄWI



Im Flächenwidmungsplan steigt die Baudichte in den bereits dicht verbauten Gebieten Gries, Lend und Jakomini weiter an, ohne entsprechenden Grünraum.

„Das ist nicht akzeptabel“, erklärt KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber** das Nein der KPÖ zum FLÄWI. Weiters dürfen in großen Teilen zentraler Bezirke Kellergeschoße künftig gewerblich genutzt werden. „Die Gefahr, dass mitten in Wohngebieten neue Partymeilen entstehen, ist groß“, sagt Eber und erinnert an das Unviertel.

QUALIFIZIERTES PERSONAL

Gemeinderat **Kurt Gluttenberger** (KPÖ) wendete sich an den Sozialstadtrat, um sicherzustellen, dass qualifiziertes Personal an Schulen mit Inklusionsklassen arbeitet: „Sieht man sich die



jüngsten Ausschreibungen der Stadt an, gibt es die Befürchtung, dass auf unqualifiziertes Personal zurückgegriffen wird um zu sparen.“ Der zuständige Stadtrat versprach, sich für eine Verbesserung einzusetzen.



Aktuelles aus den Grazer Bezirken



GRIES



Dankeschön!

Bezirksvorsteherin **Gerti Schloffer** bedankt sich namens der Bevölkerung herzlich bei den Bediensteten der Holding Graz für mehrere rasche Erledigungen. Die Containerentleerung der Müllinsel vor dem Bad zur Sonne,

die Entfernung von herumliegendem Müll in der Mauergasse und die Kanalgitterreinigung auf der Tegetthofbrücke. Darüber hinaus wurde die Stefanienwarte nach einem Hinweis über ihren Zustand gesperrt und renoviert.

Gerti Schloffer packt an und ein in Gries



Fünf Jahre lang lag Gerti Schloffers „Sitzungstasche“ unbenutzt in der Ecke, bevor sie am 10. Mai bei ihrer Angelobung als Bezirksvorsteherin im Rathaus wieder aktiviert wurde. Fünfzehn Jahre fungierte sie als Stauraum für

die Sitzungsunterlagen des Gemeinderats. Jetzt wurde sie mit Bezirksvorsteherunterlagen befüllt und dient wieder ihrem Zweck. Die KPÖ stellt derzeit in Gries mit **Gerti Schloffer** die Bezirksvorsteherin.

GÖSTING



Lernstation übersiedelt

Die Lernstation Augasse, die von Bewohnern der Augartensiedlung gemeinsam mit engagierten ehemaligen Lehrern und Helfern zur Lernbetreuung

der Kinder eingerichtet wurde, ist in die Ausschule übersiedelt: „Im 1. Stock steht der Lernstation jetzt ein eigener Raum zur Verfügung. Die notwendige

Infrastruktur (Toiletten, Kopierer etc.) ist auch da“, sagt KPÖ-Bezirksrätin **Annamaria Grünauer**, die beim Siedeln tatkräftig mit angepackt hat.

GEMEINSAM.SICHER in der Augasse

Bereits dreimal hat der Verein GEMEINSAM SICHER Treffen in der Augartensiedlung organisiert mit dem Ziel Konflikte in der Siedlung zu befrieden. Jetzt wurde ein Maßnahmenpaket zusammengestellt: Bewohnerschaft, Bezirksrat und Mitglieder der Afrikanischen Freikirche werden

einen Ausschuss bilden, der sich mit Problemen im Wohnumfeld befasst. Schwerpunkte sind Lärm, Verkehr und Kommunikation. KPÖ-Bezirksrätin **Annamaria Grünauer**: „Wenn die Menschen aufeinander zugehen, wird auch das Leben in der Siedlung



wieder entspannter und lebenswerter für alle.“

WALTENDORF



Neue Bodenmarkierungen

Die neue BV-Stellvertreterin Lisbeth Zeiler freut sich, dass nach einem Anruf bei der zuständigen Stadträtin Elke Kahr die Bodenmarkierungen im Bereich der Brücke über den Ragnitzbach umgehend erneuert wurden. Da an dieser Stelle kein Platz für einen Gehsteig ist, dienen die Markierungen dem Schutz der Fußgänger und besonders der Schulkinder.



LEND



Vor über einem Jahr beantragte die KPÖ-Lend im Bezirksrat die Instandsetzung der beiden roten Metallstelen mit LED-Anzeigeflächen am Lendplatz. Nun wurde der Antrag umgesetzt und so sind jetzt wieder stadt- und bezirksrelevante Informationen zu lesen.

Mariahilferplatz neu



Am Mariahilferplatz wurden defekte Steinplatten jahrelang provisorisch durch Asphalt ersetzt. Frostschäden im Bodenbelag führten in diesem Winter sogar zu einer vorübergehenden Sperre des Platzes. Nun wird eine langjährige

Forderung der KPÖ-Lend endlich umgesetzt: „Anstelle eines unansehnlichen Fleckerlteppichs wird es demnächst einen general-sanierten Mariahilferplatz geben“, freut sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter **Christian Carli**.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
 Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/71 24 80 – Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
 – Ausfüllen von Formularen.
 – Erklärung zur Arbeitnehmeranlagung (=Jahresausgleich).
 – Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im VOLKSHAUS Graz

ANDRITZ Sanierung und Ausbau der Volksschule

Die Volksschule Andritz in der Prochaskagasse (1880 erbaut!) wurde lange nicht mehr renoviert. Sie befindet sich in einem erschreckenden Zustand, zudem fehlen Räume für die Ganztagsbetreuung.

Waschräume und Toiletten sind sanierungsbedürftig, der Turnsaal ist viel zu klein und desolat.

KPÖ-Bezirksrätin **Karin Reimelt**: „Auch wegen des starken Zuzugs in Andritz und der steigen-

den Schülerzahlen muss die VS Andritz unbedingt saniert und ausgebaut werden!“

Ein entsprechender Antrag der KPÖ wurde im Bezirksrat einstimmig angenommen.

ST.LEONHARD



KPÖ im St. Leonharder Bezirksrat: Bezirksvorsteher-Stellvertreter Andreas Nitsche (mitte), Philipp Ulrich und Daniela Katzensteiner.

Gratis-Ferienbetreuung

Auf Antrag von KPÖ und ÖVP beteiligt sich der Bezirksrat St. Leonhard auch heuer wieder an der Finanzierung des Projekts „Bespielbarer Park“ im August-Matthey-Park. Das Projekt bietet Kindern und Jugendlichen in den Sommerferien eine kostenlose Möglichkeit zur spielerischen Freizeitgestaltung.

Die Aktion startet am 11. Juli und klingt am 25. August mit einem kleinen Fest aus. Betreuungszeiten: Dienstag bis Freitag, 14.30-18.30.

Soziales Gewissen der Unis

Der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) hat bei der ÖH-Wahl sein bestes Ergebnis eingefahren. Das Grazer Stadtblatt sprach mit KSV-Mandatar **Dario Tabatabai**.

Wahlerfolge fallen einem nicht in den Schoß. Was hat der KSV denn geleistet?

Dario Tabatabai: Auch auf der Uni braucht es ein soziales Gewissen – und das ist der KSV!

Wir haben immer versucht, direkt und unbürokratisch zu helfen.

Monatlich organisieren wir eine Mietrechtsberatung mit Elke Kahr.

In der Hochschulvertretung haben wir uns unter anderem für das Gratis-Mensaessen für Sozialtopfbezieher/innen oder eine Vergünstigung der Kinderbetreuung eingesetzt.



Welche Schwerpunkte sollte die ÖH nun setzen?

Tabatabai: Zur Aufgabe der ÖH gehört natürlich, sich für billige Skripten oder Lernplätze am Campus einzusetzen.

Wahlergebnis des KSV

10,7 Prozent auf der Karl-Franzens-Universität (+3,2) = 2 Mandate (+1)

6,5 Prozent auf der Technischen Universität (+2,4) = 1 Mandat (+1)

11,8 Prozent auf der Pädagogischen Hochschule (+11,8) = 1 Mandat (+1)

Interessensvertretung hört aber nicht dabei auf.

Es geht um die Anpassung von Stipendien, den Einsatz gegen die Abschaffung der Wohnbeihilfe, billigere Öffi-Tickets...

Wohnunterstützung Familienbeihilfe steht den Kindern zu

Im Sommer 2016 schaffte das Land Steiermark unter Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) die Wohnbeihilfe ab. Sie wurde durch die so genannte „Wohnunterstützung“ ersetzt. Diese ist nichts anderes als eine massive Kürzung. Tausende sind betroffen.

Die KPÖ leistete von Anfang an Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz. Einige Fehler wurden mit Jahresbeginn behoben, das Gesetz bleibt aber mangelhaft.

Zu „reich“ durch Familienbeihilfe

Familie Glanschnig^{*)} hat vier Kinder. Das jüngste ist erst vor kurzem auf die Welt gekommen. Frau Glanschnig bekommt 450 Euro Karenzgeld. Herr Glanschnig verdient

1500 Euro netto. Die Wohnung ist mit 54 m² nicht gerade groß für eine sechsköpfige Familie. Die Wohnkosten betragen 650 Euro. Bis 2016 gab es vom Land 211 Euro Wohnbeihilfe.

Mit der Wohnbeihilfe neu bzw. Wohnunterstützung erhält die Familie künftig keinen einzigen Euro mehr. Grund dafür: die Familienbeihilfe wird nun zum Einkommen gerechnet. Dadurch ist Familie Glanschnig – wie viele andere Familien – aus Sicht von Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) zu „reich“.

Die Grazer Stadträtin Elke Kahr und KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler haben vor dieser Verschlechterung gewarnt: „Die Einberechnung der Familienbeihilfe ist ein echter Tabubruch. Viele Arbeiterfamilien hätten nie eine Chance auf eine menschenwürdige Unterkunft gehabt, wenn das früher so gewesen wäre!“

Zum Leben bleibt nichts mehr

Ähnlich geht es Karl Pfannhofer^{*)}. Der Alleinverdiener hat viele Jahre als Taxifahrer gearbeitet. Er lebt mit Ehefrau und zwei Kindern in Graz. 560 Euro bezahlt die Familie, die derzeit auf Mindestsicherung angewiesen ist, fürs Wohnen. Zum Leben bleibt fast nichts.

Früher hat Herr Pfannhofer, obwohl er noch Arbeit gehabt hat, 190 Euro Wohnbeihilfe bekommen. Jetzt sind es trotz der wesentlich schlechteren finanziellen Lage der vierköpfigen Familie nur noch 163 Euro. Auch hier ist es die Einberechnung der Familienbeihilfe, die zur Kürzung geführt hat.

Lange Wartezeiten

Durch die ständigen Änderungen des Gesetzes ist es für Tausende zu monatelangen Wartezeiten auf den Bescheid gekommen. Es wurde

keine Wohnunterstützung ausbezahlt. Miete und Betriebskosten müssen trotzdem bezahlt werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, die seit Monaten keine Wohnbeihilfe mehr bekommen haben. Das ist einfach unzumutbar.“

Die KPÖ bleibt dabei: Die Familienbeihilfe ist zum Wohl der Kinder gedacht und nicht für die Bezahlung der Miete. Das Gesetz muss geändert werden, sonst stehen viele steirische Familien in absehbarer Zeit vor dem Nichts.

^{*)} Name geändert

Petitionsrecht Direkter Protest ans Land

Wer mindestens 100 Unterschriften sammelt, kann sein Anliegen mittels einer Petition an den Landtag herantragen. Vorsitzende des Petitionsausschusses ist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

In der Frage der Wohnunterstützung gab es eine Vielzahl an Petitionen: Die ÖH, eine Invalidenpensionistin oder Simon Hafner von der IG Kultur legten ihre Probleme mit der Neuregelung der Wohnbeihilfe vor. Die KPÖ mit Elke Kahr hat schon im Dezember 10.000 Unterschriften übergeben, eine weitere Petition, unterstützt durch 5.000 Unterschriften, brachte der KSV Graz ein. Mit diesen Petitionen konnte eine Reihe von Verbesserungen bei der Wohnunterstützung erreicht werden. Die KPÖ gibt nicht auf, besonders die Einberechnung der Familienbeihilfe muss fallen!

Petitionen an den Landtag Steiermark:

Direktion Landtag Steiermark
Herrngasse 16
8010 Graz-Landhaus
Tel. +43 316 877-6309
Fax +43 316 877-2198
E-Mail:
direktion@landtag.steiermark.at
www.landtag.steiermark.at/



Im Oktober 2016 gingen in Graz über 1000 Menschen auf die Straße, um ein Zeichen für die Wiedereinführung der Wohnbeihilfe zu setzen. Die KPÖ sammelte 10.000 Unterschriften, die im Dezember dem Landtag übergeben wurden. Die Landesregierung musste nachbessern. Das Gesetz bringt aber nach wie vor viele steirische Familien in Existenznot.

Neues Naturschutzgesetz: Gefahr für Grazer Grüngürtel

Am 16. Mai 2017 beschloss der Landtag eine Neufassung des steirischen Naturschutzgesetzes. In vielen Punkten stellt das Gesetz einen Rückschritt dar. Besondere Gefahr droht dem Grazer Grüngürtel.

45% des Grazer Stadtgebietes sind als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. War es bisher notwendig, dass Bauten in dieser Zone vom Naturschutzbeauftragten genehmigt wurden, soll jetzt

die Baubehörde selbst zuständig sein. Eine völlige Freigabe erfolgt für Handymasten und Hochspannungsleitungen, die künftig nicht mehr ins Landschaftsbild integriert werden müssen.

„Oft sind wirtschaftliche Interessen wichtiger als der Naturschutz. Mit diesem Zugeständnis an die Bauwirtschaft verkommt der Begriff Landschaftsschutz zu einer leeren Worthülse“, warnt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.



folia.com creativemarc

Glücksspiel: Illegale Automaten überschwemmen das Land

Jahrzehntlang war das Glücksspiel in der Steiermark gesetzlich unzureichend geregelt. Ob Glücksspielautomaten oder Sport- und Livewetten, für Spielsüchtige existierten kaum Schutzmaßnahmen. Seit 2015 gibt es ein neues, strengeres Gesetz.

Allerdings: In der ganzen Steiermark gibt es eine Schwemme von illegalen Automaten, die zum Teil in Hinterzimmern stehen oder in Lokalen, die sich als privater Klub ausgeben. Zwar wurden in der Zwischenzeit hunderte Automaten beschlagnahmt und vernichtet, doch sind den Behörden in vielen Fällen die Hände gebunden: Anbieter verstecken sich hinter ausländischen Tarnfirmen und set-

zen Heerscharen von Anwälten in Bewegung, damit die Kassen weiter klingeln. Auf der Strecke bleiben die Spielsüchtigen und deren Familien. Hier sind Verbesserungen dringend nötig, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Wetten werden neu geregelt

Derzeit ist eine Neuregelung der Wetten in Planung. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schutzbestimmungen bei den Livewetten dürfen nicht unter die Standards zurückfallen, die beim Automatenenspiel gelten. Davon kann im derzeitigen Gesetzesentwurf aber noch keine Rede sein.“

Kommentar von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Wohnen darf nicht arm machen



Wohnen darf nicht arm machen. Unter diesem Motto sammelt die KPÖ gerade Unterschriften. Damit wollen wir Druck erzeugen, damit der Nationalrat endlich die lange versprochene Reform des Mietrechts in Angriff nimmt. Die Neuwahl macht es nicht gerade einfacher.

Auch das Land kann viel dazu beitragen, dass den Menschen die Wohnkosten nicht über den Kopf wachsen. In den letzten Jahren war die Teuerung bei den Mieten und den Betriebskosten enorm. Viele Steirerinnen und Steirer geben zwei Drittel ihres gesamten Einkommens aus, damit sie ein Dach über dem Kopf haben und nicht im Kalten sitzen. Zum Leben bleibt zu wenig übrig.

Seit dem EU-Beitritt hat sich die Anzahl der jährlich errichteten geförderten Wohnungen halbiert. 200.000 Haushalte in Österreich haben Schwierigkeiten, ihre Wohnkosten zu bezahlen. Eigentlich müsste die Landespolitik alles tun, um den Betroffenen zu helfen. Die KPÖ

hat in Graz vorgezeigt, dass das möglich ist. Geschehen ist das Gegenteil: Mit der Abschaffung der Wohnbeihilfe vor einem Jahr hat die Landesregierung das Wohnen für noch mehr Menschen zu einem Problem gemacht.

Die Wohnbeihilfe wurde durch eine „Wohnunterstützung“ ersetzt. Diese fällt – trotz einer Reparatur des Gesetzes Anfang 2017 – geringer aus. Auf der Strecke bleiben Alleinerzieherinnen, die viel Geld verlieren, obwohl sie es besonders dringend brauchen.

Hätten wir ausreichend Wohnungen, die sich auch Leute mit kleineren Einkommen leisten können, wäre dieses komplizierte System nicht nötig. Wir brauchen mehr sozialen Wohnbau und Obergrenzen für Mieten. Das wäre ein Schritt nach vorne. Die Landesregierung tut aber alles, um die Wohnungskrise zu verschärfen. Wohnen darf nicht arm machen!

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

Kinder- und Jugendrechte ernst nehmen!

Unter dem Titel „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ hat sich der Landtag auf Initiative der KPÖ bereits 2012 dazu bekannt, „Kinderlärm“ nicht mehr als Belästigung im rechtlichen Sinne anzuerkennen. Mit dem Verweis darauf wurden zuvor immer wieder Kinderbetreuungseinrichtungen

und Spielplätze verhindert. In der Steiermark wurden entsprechende Schritte gesetzt. Die KPÖ erneuerte daher ihren Antrag, auch mit dem Bundesgesetzgeber Gespräche zu führen, um im ABGB entsprechende Änderungen vorzunehmen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Satire von Günter Eichberger

Nach seiner Hupe

Das Auto ist das goldene Kalb der Gegenwart, alles tanzt nach seiner Hupe. „Was die sieben Weltwunder für das Altertum“, schreibt Wilhelm Hengstler, „ist das weltumspannende Straßennetz mit seinen Viadukten, Autobahnen, Brücken und Tunnel für die Gegenwart.“ Einer Studie zufolge hängt jeder siebente Arbeitsplatz am Auto, und bis zu einem Drittel seines Einkommens wendet der durchschnittliche Arbeitnehmer für sein Auto auf. Am Verkehr hängt, zum Verkehr drängt alles. „Die Freiheit des Individualverkehrs kostet – ökonomisch, ökologisch, persönlich – so viel, dass sie schon wieder zur Sklaverei wird.“ Der Bürger in seinem Glauben an Freiheit und Selbstbestimmung sieht die Fäden nicht, an denen er hängt. Und schon gar nicht die Hände derer, die im Dunkeln daran ziehen. Unbelehrbare hört man bis heute sagen, Hitler habe – trotz seiner unzweifelhaften ideologischen Verirrungen – doch auch manch Gutes getan, nämlich die Autobahn gebaut (Vermutlich mit eigenen Händen). Zu welchem Zweck bleibt dabei unerwähnt. Kein Wunder, dass der Verkehr eine so starke Lobby hat, denn das offensichtlich Unvernünftige findet in unserer laut George Soros „undurchschaubaren, durch und durch irrationalen Welt“ eine solide Überzahl an Anhängern. Die würde man doch eher anderen Disziplinen wünschen, die zur Steigerung der Lebensqualität beitragen. Aber Lebensqualität ist Luxus – also überflüssig –, was zählt, ist eine zielgerichtete Betriebsamkeit, deren Früchte meist nicht jene ernten, die sie gesät haben. „Der moderne Verkehr ist das Gegenteil von Kommunikation, wer das bezweifelt, muss sich nur an einer Durchzugsstraße einmieten oder der Unbehaustheit der Bahnhöfe aussetzen“, schreibt Hengstler. Man würde sich anderes wünschen. Aber die Zeit, da das Wünschen noch geholfen hat, hat es immer nur im Märchen gegeben.

Günter Eichberger lebt
als freier Schriftsteller in Graz.



Hasnerplatz: Aus für Postpartner

Nachdem die Landes-Förderungen gestrichen wurden, musste ein wichtiger Nahversorger zusperren. Damit wurde auch ein psychosoziales Beschäftigungsprojekt gestrichen

Anfang Mai ging durch die steirischen Medien, die Post plane eine Reihe von Schließungen unrentabler Standorte. Auch der an sich sehr umtriebige Postpartner am Hasnerplatz in Graz musste mit Ende Mai zusperren, womit in ganz Geidorf nur noch eine Filiale verbleibt.

Alle haben profitiert

Der Postpartner am Hasnerplatz war bislang öffentlich und privat gut erreichbar im Herzen des Bezirks gelegen und hatte einen wichtigen Bezugsknoten für einen großen Teil der umliegenden Bevölkerung dargestellt. Nicht nur als Anlaufstelle für Kunden der BAWAG PSK und als Hinterlegungsstation für Sendungen ihrer nicht angetroffenen Empfänger wurde er hoch geschätzt.

Auch als Ort der Inklusion hatte sich der gemein-

sam mit einem Kaffeehaus betriebene Treffpunkt regelmäßigen Lobes erfreuen können – schließlich war er bis Anfang des Jahres im Rahmen eines psychosozialen Beschäftigungsprojektes betrieben worden. Hier konnten psychisch Erkrankte und Menschen in schwierigen Lebenslagen produktiv mitarbeiten und neben ihrem Selbstvertrauen auch ihre Geldbörse stärken.

Absurde Entscheidung

Nach dem Entzug der Fördergelder für dieses Projekt durch das Land Steiermark bereits im Herbst und der resultierenden finanziellen Untragbarkeit beim Betreiber kam es nun aber zur absurden Situation, dass dieser wichtige Nahversorgungsknoten nach fünf Jahren zusperren musste, obwohl al-



Kommentar von Michael König

le Beteiligten von ihm zu profitieren scheinen. Eine Schließung, die das Grätzchen nicht unberührt lassen wird. Denn ob und wo es eine nachfolgende Postpartnerstelle geben wird, ist noch offen – derzeit sieht es nicht danach aus. Ebenso unklar ist, wie es für die bis zu 70 an diesem und zwei weiteren Standorten zuvor im Rahmen des erwähnten Zuverdienstprojektes Beschäftigten weitergehen soll – viele von ihnen stehen vorerst ohne praktikable Alternative da.

Michael König war insgesamt drei Jahre beim Postpartner am Hasnerplatz beschäftigt. Dabei kümmerte er sich ums tägliche Geschäft, Organisatorisches und die Betreuung der Klienten. Im abgelaufenen Jahr hatte Michael König die Filialeitung inne.



Pensionen: keine Gerechtigkeit für Mütter

Die groß verkündete „Ausgleichszulage Plus“ im Pensionsrecht stellt sich als Mogelpackung heraus.

Angekündigt wurde: Wer 30 Jahre gearbeitet, aber zu wenig verdient hat,

bekommt ab 2017 1.000 Euro Pension. Tatsächlich kommen gerade 949 Euro netto heraus. Und auch das trifft nur auf Alleinstehende zu, Witwen oder Witwer sind ausgenommen. Kindererziehungszeiten

werden nicht angerechnet. Deshalb können die meisten Frauen, die Kinder großgezogen haben, diese Jahre nicht erreichen. Die KPÖ setzte sich für eine gerechtere Lösung ein. SPÖ und ÖVP lehnten dies ab.

RÄUME MIETEN

RAUMGRÖSSEN
70 m²/110 m²

ORT
Kultur in Graz/
im Volkshaus/
Lagergasse 98 A

KONTAKT
kulturingraz.mur.at/space
verwaltung@kig.mur.at
T: 0316/72 02 67

BÜROZEITEN
Mo–Fr/10:00–15:00

Seminare/Workshops/Unterkunft
für KünstlerInnen/Sitzungen/
Vereinsveranstaltungen/Kurse/
Ausstellungen/Klausuren/ ...

Muss der Grottenhof wieder bluten?

Von RAINER HAUER, Dr. phil., ao.Univ.Prof., Direktor des Grazer Schauspielhauses i.R.

Als ich ein Kind war, erlebte ich noch die Blütezeit des Grottenhofes, dessen Felder bis über die Köflacher Bahn reichten.

Aber die Nazis haben die meisten Felder wegamputiert und u.a. eine Kaserne draufgebaut. Die amerikanischen Flieger haben ihre Bomben auf den Grottenhof geworfen und die russischen Besatzungstruppen haben ihn weiter demoliert, so dass kein Schulbetrieb mehr möglich war und über den Berg hinweg nach Thal verlegt werden musste. Keine andere Landwirtschaftsschule hat so sehr gelitten wie diese!

Aber der total verkleinerte Grottenhof hat in den folgenden Jahrzehnten dank vorzüglicher Direktoren langsam wieder zu einer eigenen Struktur finden und auch wieder Schüler aufnehmen können. Man stellte sich auch beispielhaft allen voran auf eine reine Bio-Landwirtschaft um, so dass der Grottenhof 1997 mit dem – das erste Mal österreichweit ausgeschriebenen – Bio-Preis ausgezeichnet wurde. Und als europareife Schule erhielt er auch weitere nationale und internationale Auszeichnungen.

Dieser immens verkleinerte Grottenhof besitzt leider nur mehr etwa 28 Hektar guten Ackerboden, der ja auch in erster Linie als Lehrmittel für die Schule dient. Wenn von diesem höchst kostbaren Boden, wie das Land Steiermark beabsichtigt, fünf Hektar verkauft würden, hätte das eine katastrophale Auswirkung. Selbst wenn der Grottenhof in Zukunft auch über Ackerboden gleicher Größe in Thal verfügen darf, kann das keinesfalls als Äquivalent gelten, weil dort die klimatischen Bedingungen und die Qualität des Bodens bedeutend schlechter sind und er obendrein entfernt hinter dem Berg liegt. Und wenn von weiteren „großen Flächen“ gesprochen wird, ist das irreführend, weil sie sehr schulfern liegen und es sich im Wesentlichen



nur um Wälder und Almen handelt.

Mein Vater Ekkehard Hauer, dessen Namen die Schule trägt, brachte den seinerzeit überhaupt nicht bekannten Begriff der „Nachhaltigkeit“ in Umlauf. Heute verwendet ihn die ganze Welt, auch in Übersetzungen. Das heißt: An morgen, an unsere Kinder denken! Und nur, wenn wir Humus erhalten und pflegen, der obendrein auch

Nachhaltigkeit kommt vom Grottenhof

Der Schauspieler und Regisseur Dr. phil. RAINER HAUER ist in Graz geboren und aufgewachsen und war von 1976 bis 1990 Direktor des Grazer Schauspielhauses. Neben seiner internationalen Tätigkeit als Schauspieler ist er als Dozent für Sprachgestaltung und Sprechtechnik in Graz, Wien und Bochum tätig.

Rainer Hauer ist der Sohn von Ekkehard Hauer, nach dem die Schule Alt-Grottenhof 1987 benannt wurde. Ekkehard Hauer prägte als ehemaliger Direktor der Schule bereits vor 90 Jahren den Begriff der Nachhaltigkeit. Sein oberstes Gebot lautete: „Zuerst das Notwendige, dann das Nützliche, dann das Angenehme und Überflüssige, nie aber das Schädliche!“

noch das tödliche CO₂ zu binden vermag, und wir Humus nicht zerstören, können wir überleben! Für die Vernichtung des Humus soll aber ausgerechnet der Grottenhof wieder Blutzoll leisten und die „Ekkehard-Hauer-Schule“ in ihrer Entfaltung beschnitten werden?

Mein Vater warnte in seiner Broschüre „Land und Stadt“ schon im Jahre 1954(!): „Der Bauernstand

ist heute zu einer kleinen Minderheit geworden. Er kann die Ernährung des Städters aus eigener Kraft nicht mehr sicherstellen, wenn der Städter selbst nicht den Schutz und die Sicherung der Landwirtschaft übernimmt. Leider ist sich dieser Pflicht der Verbraucher überhaupt nicht bewusst.“ Wir sitzen alle mit unserer Existenz auf einem stark angesägten Ast! Und sägen immer weiter?!

Stopp der Verbauung der letzten Grazer Grünräume!

Ein fünf Hektar großer Teil des Ackerlandes der Land- und Forstwirtschaftlichen Schule Alt-Grottenhof am südwestlichen Stadtrand von Graz (siehe Bild unten) soll verkauft (und verbaut) werden. Kritiker aus dem Umfeld der Schule sollen mittels „Informationssperre“ mundtot gemacht werden. Auf der fünf Hektar großen

Bio-Ackerfläche könnte ein Bauvorhaben ähnlich dem „Green-City-Projekt“ unter dem Schloss St. Martin realisiert werden. Dort werden derzeit auf einer Fläche von nur zwei Hektar insgesamt 15 bis zu 11stöckige Hochhausbauten errichtet.

Die KPÖ unterstützt alle Bemühungen der Bevölkerung, damit dieses

Bio-Ackerland nicht umgewidmet wird. Stopp dem Ausverkauf der letzten Grazer Grünräume!

Wer mehr wissen oder mithelfen will, dass die wertvollen Grünflächen nicht verbaut werden, ist zur **Informationsveranstaltung am 27. Juni um 18 Uhr im Gasthaus Griessner, Straßganger-Straße 241** herzlich eingeladen.



Stopp dem Ausverkauf!
INFORMATIONSVORANSTALTUNG
am Di., 27. Juni um 18 Uhr
im Gasthaus Griessner, Straßganger Straße 241

Ein außergewöhnlicher Mensch

Zum 25. Todestag – Erinnerungen an Erich Edegger

Im Herbst jährt sich der tragische Tod von ÖVP-Vizebürgermeister Erich Edegger zum 25. Mal. Als eine Nachfolgerin des legendären und zukunftsweisenden Grazer Verkehrsstadtrat knüpft Stadträtin Elke Kahr an seinem Konzept der sanften Mobilität an. Wir erinnern an einen außergewöhnlichen Politiker.

Vor mehr als 30 Jahren war es eine Sensation: Ein Politiker der bürgerlichen ÖVP wählte als Markenzeichen für seine Auftritte kein dickes Dienstauto, sondern ein Fahrrad. Und das in einer Zeit, als das Konzept der autogerechten Stadt noch nicht aus den Köpfen der Parteistrategen und der Verkehrsplaner verschwunden war. Edegger, Mitglied des ÖVP-Wirtschaftsbundes, war offen für neue Ideen und schickte sogar Erkundungsmissionen zu Fragen der Stadtplanung und des Verkehrs in die damals KP-regierte Stadt Bologna in Italien.

Wer war Erich Edegger?

Jede Grazerin, jeder Grazer und viele Besucher unserer Stadt ken-

nen seine ursprüngliche Arbeitsstätte, die Hofbäckerei Edegger-Tax mit ihrem kunstvollen Geschäftsportal. Erich Edegger (1940 -1992) war kein Berufspolitiker, sondern Bäckermeister. Und er hörte auf den Rat von Fachleuten. Der Einfluss von Wirtschaftslobbies auf die Politik war zu seiner Zeit weit geringer als jemals vor- oder nachher.

Als Planungsstadtrat, Verkehrsreferent und Vizebürgermeister legte er den Grundstein für das Einbahnsystem in Graz (das damals von der KPÖ unterstützt und von der SPÖ bekämpft wurde). Das „Sachprogramm Verkehrs-, Fuß- und Radwegenetz“ (1980), das im Rahmen des „Stadtentwicklungskonzeptes STEK“ vorgelegt wurde, war die Grundlage für die Schaffung einer Radverkehrsinfrastruktur, ausgelegt auf ein 170 km umfassendes Netz an Radwegen und Radrouten. Edegger betonte im Vorwort zu diesem Konzept die Notwendigkeit der Planung eines Wegesystems für Nichtmotorisierte aus Gründen der Ressourcenschonung, aus gesundheitlichen und sportlichen Überlegungen.

Jenen, die kein Auto besitzen, sollte ermöglicht werden, „alle wichtigen Punkte unserer Stadt gefahrlos zu erreichen.“

Gegen großen Widerstand setzte er auch Konzepte wie die Einführung der Parkraumbewirtschaftung, die Ausweitung der Fußgängerzonen und Tempo 30 durch. Das alles ging nicht ohne Proteste des Wirtschaftsbundes und von Interessenvertretungen ab.

KPÖ-Gemeinderat Ernest Kaltenecker unterstützte diese Vorhaben.

„Wir halten die Erinnerung an Erich Edegger hoch, weil er ein mutiger und innovativer Kommunalpolitiker war, für den gesellschaftliche Verantwortung eine Selbstverständlichkeit darstellte,“ sagte KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Nach Erich Edegger benannt ist die Radroute zwischen Mariagrün und Mariatrost sowie seit 2003 der Fußgängern und Radlern vorbehalten Steg zwischen Kaiser-Franz-Josef-Kai und Mariahilfer Platz.



Unter Verwendung von Materialien der Radlobby argus

Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe Bad Radkersburg zu vermieten. Natur pur. 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.

3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 m²) für 2 – 5 Personen
Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at>

Tel. 03476/ 20525 oder 0650 /32 87 730



Volkshaus Graz zu mieten

Der leistbare Veranstaltungsort für alle
Lagergasse 98a, 8020 Graz

VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADEC

für Kleinkunst, Theater-,
Tanzaufführungen,
Lesungen, Hochzeiten uvm.
Großer Saal, 280 m²

Anfragen:

kurt.bauer@volkshaus-graz.at
Tel. 0664 / 21 31 431



www.volkshaus-graz.at



Wiederkehr der europäischen Atomindustrie!

450 Milliarden EU-Geld für AKWs

Foto: pixabay.com

Gestützt auf den EURATOM-Vertrag will die EU-Kommission der Atomenergie zu einem Wiedererstarren verhelfen.

Bis zu 450 Milliarden Euro sollen bis 2050 in den Neubau von AKWs fließen. Der Zusammenhang zum Aufbau einer – auch nuklearen – EU-Militärmacht drängt sich auf. Über EURATOM finanziert Österreich die Atomlobby mit.

EURATOM ist ein Grundlagenvertrag der Europäischen Union, der heuer 60 Jahre alt geworden ist. Dieser EU-Vertrag verherrlicht die Atomenergie als „eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt“, und hat deshalb zum Ziel, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen.“ EURATOM ist ein Instrument zur einseitigen Förderung der Atomkraft und der Atomindustrie in der EU und finanziert die Erforschung der Atomenergie und gewährte Milliarden von Euro als Kredite für die Errichtung und Modernisierung von Atomkraftwerken.

450 Milliarden für Neubau von Atomkraftwerken

Als es 2011 zum Super-GAU im japanischen AKW Fukushima kam, dachten viele, dass nun der Einstieg in den Atomausstieg gekommen sei. Nicht die EU-Kommission. Wenige Monate nach Fukushima ging die EU-Kommission bereits wieder in die Atomoffensive und legte ei-



Pripyat, verstrahlte Geisterstadt in der Ukraine, wurde nach dem „Störfall“ von Tschernobyl 1986 verlassen.

nen „Energiefahrplan 2050“ vor, der der nationalen Energiepolitik „ein europäisches Gerüst geben soll.“

Im April 2016 hat die EU-Kommission in einem „hinweisenden Atomprogramm“ (PINC) sich erneut für den Erhalt bzw. Ausbau der Atomenergie in der EU ausgesprochen. Wörtlich heißt es in diesem Dokument: „Europa kann die Technologieführerschaft in der Nuklearenergie nur erhalten, wenn es eine lebendige heimische Nuklearindustrie erhält und entsprechend gut finanzierte und diversifizierte Fähigkeiten zur Forschung“. Bis 2050 sollen demnach – so das Kommissions-Papier – zwischen 350 und 450 Milliarden in den Neubau von Atomkraftwerken investiert werden. Weitere 253 Milliarden fallen für Stilllegung und Entsorgung des radioaktiven Abfalls an. Die augenscheinliche Absicht des Programms: Die Atomkraft in Europa soll wieder erstarren.

Die Atomenergie ist mittlerweile die teuerste Energieform geworden, die nur mit horrenden staatlichen Subventionen erhalten werden kann. Warum hat die EU-Kommission, die sonst so strikt auf „Wettbewerbsfähigkeit“ pocht, kein Problem mit Milliarden subventionen für eine Energieform, die extrem gefährlich ist und nachfolgenden Generationen unverantwortbare Umweltprobleme aufbürdet?

Aufrüstungspläne

Der Grund ist in den Aufrüstungsplänen der EU zu suchen: Wer eine Atommacht werden (oder wie Frankreich bleiben) will, der braucht Atomkraftwerke.

Diese Entwicklung ist gefährlich und kann zu verheerenden Kriegen führen. In Österreich wird darüber in der Öffentlichkeit kaum gesprochen. Warum? Österreich hat eine Verfassung, die dem diametral entgegensteht: Die Verfassung der

2. Republik enthält eine Friedenspflicht in Form des Verfassungsgesetzes über die immerwährende Neutralität, und Österreich verpflichtet sich zur zivilen und militärischen Atomenergiefreiheit in Form des „Bundesverfassungsgesetzes für eine atomfreie Österreich“.

Um diese Verpflichtungen zu erfüllen, müsste Österreich aus dem EURATOM-Vertrag aussteigen und sich für ein Europa ohne Kernkraftwerke und ohne Atomwaffen einsetzen.

Nach einem Artikel von Gerald Oberansmayer, Solidarwerkstatt Linz.
Ungekürzte Fassung unter <http://t1p.de/fyar>



GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Den andern Weg gegangen

Vor 75 Jahren wurde der Grazer Lehrer, Schriftsteller und Widerstandskämpfer Richard Zach von den Deutschen zum Tode verurteilt.

Arbeitskreis, in dem die Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel studiert und diskutiert wurden.

Nach der Matura unterrichtete Richard Zach kurze Zeit an einer Volksschule, ehe er im November 1938 zur deutschen Wehrmacht einrückte. Nach Kriegsausbruch täuschte er bei einem Heimaturlaub im Februar 1940 einen Schiunfall vor, indem er sich den Unterschenkel selbst brach. Er wurde in der Folge als wehrunfähig eingestuft und wieder als Lehrer tätig. Daneben intensivierte er die Widerstandsaktivitäten der Gruppe, die sich eine Schreibmaschine, einen Handsetzkasten und einen Vervielfältigungsapparat besorgte und ab Oktober 1940 die Flugschrift „Der Rote Stoßtrupp“ herausgab. Über die Landesleitung der KPÖ gelangte die Flugschrift bis in die Ober- und Weststeiermark. Sie enthielt Informationen von ausländischen Radiosendungen und NS-feindliche Analysen, die Richard Zach schrieb. Da sie mit Denunziationen rechneten, stand auf dem Titelblatt: „Wenn Du ein Schuft sein willst, so gehe damit zur nächsten Gestapo-Stelle! Du kannst Dir einen Verräterlohn holen!“

Mit Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion intensivierte die von ihm geleitete Gruppe ihre Aktivitäten nochmals. Hunderte Flug- und Streuzettel, auf denen „Nieder mit



Hitlers Raubkrieg! Kämpft dagegen mit allen Mitteln!“, „Sieg der Roten Armee! Vernichtung den Naziausbeutern! Helft mit, Genossen!“ zu lesen war, wurden in Graz verteilt. Am 31. Oktober 1941 wurde Richard Zach gemeinsam mit anderen wegen des Verdachts, kommunistische Parolen geschrieben zu haben, festgenommen und am 17. August 1942 im Alter von nur 23 Jahren vom Reichskriegsgericht in Berlin zum Tode verurteilt.

In Haft verfasste Zach Hunderte Gedichte, die teilweise auf abenteuerliche Weise aus der Zelle geschmuggelt wurden.

Über diese Gedichte schrieb der Schriftsteller Erich Hackl: „Richard Zachs Gedichte sind unerlässlich, weil sich in ihnen die Umrisse eines anderen Österreich abzeichnen, eines tapferen, großzügigen, das um Zusammenschluss bemüht ist, nicht um Vereinzelung, wo auch Platz ist für Verzweiflung, die sich nicht mit dem Gefühl von Verglebarkeit paart. Das ist auch der Grund, warum wir Richard Zachs Gedichte lesen sollen: Uns zu stärken, nicht aufzugeben.“

CLIO bringt 75 Jahre nach dem Todesurteil Richard Zach mit einer Auswahl seiner Gedichte wieder in Erinnerung.



In einem aus der Haft geschmuggelten Kassiber schrieb Richard Zach im Jänner 1942:

Ich bin den anderen Weg gegangen.

Verzeiht – es tut mir gar nicht leid,

obwohl es elend steht zur Zeit. –

Wird keiner um sein Leben bangen,

der weiß, wozu er es verwendet, bedachte, was sein Glaube wiegt.

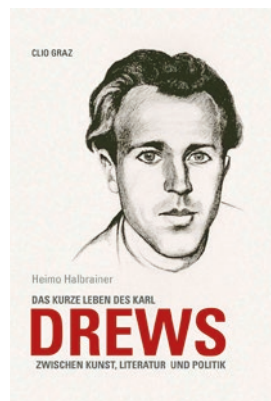
Er hat am Ende doch gesiegt, und wenn er auf der Richtstatt endet!

Richard Zach wurde 1919 in Graz als zweiter Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Ab 1933 besuchte er die Bundeslehrerbildungsanstalt am Hasnerplatz, wo er sich als begabter Schüler erwies und 1938 mit Auszeichnung maturierte. In diese Jahre der austrofaschistischen Diktatur von 1934 bis 1938 fielen seine ersten literarischen Versuche und politischen Aktivitäten. Er war an der Lehrerbildungsanstalt mit dem etwas älteren Josef Martin Presterl befreundet, der führend im illegalen kommunistischen Jugendverband aktiv war. Dennoch hielt Zach Distanz zum „polizeibekanntem KJV“ und rief im christlich-sozialen Verein „Freiheitsbund“ eine Jugendgruppe ins Leben, den „Jungfreiheitsbund“. Ein Teil der Jugendgruppe gründete einen geheimen marxistischen



**Richard Zach:
Den andern Weg
gegangen –
Ausgewählte Gedichte.**

Hg. und mit einem Nachwort von Karl Wimpler.
Geb. 168 Seiten,
ISBN 978-3-902542-52-6.
CLIO: Graz 2017, Euro 19,00
www.clio-graz.net



Heimo Halbrainer:
**Das kurze Leben
des Karl Drews
zwischen Kunst,
Literatur und Politik.**

Geb., ca. 280 Seiten
ISBN 978-3-902542-12-0
CLIO: Graz 2017
Euro 25,00
Das Buch erscheint im
Sommer 2017.

www.volkshaus-graz.at



VOLKSHAUSGRAZ
LJUDSKIDOMGRADEC

VERANSTALTUNGEN im VolkshausGraz

Alle Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im Volkshaus
Graz, KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a
Tel. 0316 / 71 29 59


<http://kpoe-bildungsverein.at/>

Yugo Fešta

Samstag, 1. Juli 2017
ab 13 Uhr, Volkshaus Graz



Tamburaši Kavkler	14:00 – 14:45	Hof
Tanzgruppe Bosnien 1	14:45 – 15:15	Hof
Sosamma-Chor	15:15 – 16:15	Hof
Tanzgruppe Bosnien 2	16:15 – 17:00	Hof
Bojan Sedmak	17:00 – 18:00	Hof
Brencl Banda	18:00 – 19:30	Hof
Maxmaber Orkestar	20:00 – 21:30	Hof
DJ Jurij	22:00 – 22:30	BZ Saal
Kid Pex	23:00 – 00:30	BZ Saal
Kinderprogramm	15:00 – 19:00	Bildungsgarten

Brencl Banda



Kid Pex

ist heute zweifellos einer der bekanntesten Namen der österreichischen Hip-Hop Szene. („Wien oida, Beč oida“, „Keep it Jugo, do it Švabo“, „Antifašista“, usw.

PROGRAMM:

Brencl Banda
Bojan Sedmak
Maxmaber Orkestar
Tamburaši Kavkler
Sosamma-Chor
Kulin Ban & Gäste
Bosnische Tanzgruppen
Kid Pex
BJ Nevenko
DJ Jurij
DJ Crna Trava

Moderation:

**Irina Karamarkovic
& Ivan Redi**

KINDERPROGRAMM

im Bildungsgarten
Bildungsgarten und Kinderland
BALKAN Spezialitäten

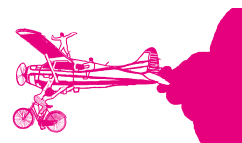


Maxmaber Orkestar from Trst

Ein musikalische Reise durch die Musiktraditionen Osteuropas und des Mittelmeeres: Klezmer, traditionelle italienische und and jugoslavLieder, Walzer und Mazurkas, Gypsimumik, bosnische Sevdalinke und Tänze aus Serbien und Mazedonien.

Eintritt frei, bei jedem Wetter!**TERMINVORSCHAU:**

2017
volkshaus**fest**

**Samstag, 9. Sept. 2017****Bildungsreise:****Das antifaschistische Jugoslawien****So. 20.08.2017 bis So. 27.08.2017**

Unterkünfte in: 20.08.2017, Mrakovica – 21.08.2017, Sarajevo
– 22.08.2017, Kragujevac – 23.08.2017, zwei Nächte in Beograd –
25.08.2017, zwei Nächte in Novi Sad

Kumrovec - Titos Geburtsort**Jasenovac** - Ustascha Vernichtungslager**Kozara** - Schlacht, 1942**Jajce** - Gründungsdokumente der SFR Jugoslawien**Sarajevo** - 1. und 2. Weltkrieg, Bosnienkrieg**Užice** - erstes befreites Gebiet in Europa 1941**Kragujevac** - Massaker der dt. Wehrmacht an Zivilisten**Beograd** - Gedenkstätten**Novi Sad** - Stätten des Widerstands**Stremška fronta** - Niederlage der Wehrmacht, Oktober 1944**Sutjeska** - Große Schlacht 1943**Inkludiert sind:** Busfahrt, Übernachtungen, Halbpensionen, sämtliche Eintritte**Reisebegleitung:** Ernest Kaltenecker, Univ.-Prof. Karl Kaser, Hanzi Wieser.

Max. Teilnehmer/innenzahl: 25 Personen

Bitte bis 30.06.2016 anmelden!**Preis: 550 €**

AMSEL-Arbeitslosen-TREFF



www.amsel-org.info

Pizzeria Contra Punto

Kosakengasse 9, 8020 Graz.
Tel: 0699 / 81 537 867.

NÄCHSTE TREFFtermine:

Mi. 28.6., 12.7., 26. 7. 2017
jeden 2. Mittwoch
(werktags) im
Monat von 17:00 Uhr bis
19:00 Uhr.

AMSEL-Hotline
für Arbeitslose

0681/102 703 42



RED:OUT Stammtisch.

Offener Stammtisch
jeden ersten Dienstag
im Monat

Cafe Silber
Schönaugasse 12

2. Mai 2017
18:30 bis 19.30 Uhr

Jede/r ist willkommen!

Kleinanzeige

Zu verkaufen

Fleißige und verlässliche 43-jährige mit 20-jähriger Berufserfahrung in den Bereichen Büro und Buchhaltung sucht eine Anstellung als Büro-Allrounderin. Arbeite ganztags oder zumindest ab 32 Stunden aufwärts in Graz. Tel. 0650/91 12 759, E-Mail namid@inodate.at

Für Pflegefälle: TENA Heilbehelfe Windelhosen + Einlagen LARGE, noch original im Karton (=276 Stk) pro Karton um 5 Euro abzugeben Tel. 0660/31 25 161

Zwei Fahrräder, funktionstüchtig und günstig, gesucht. Tel. 0664 / 34 52 20 1

DruckZeug
Druckwerkstätte im Annenviertel

Wir suchen:
Ehemalige
Setzer-/DruckerInnen,
die ihr Wissen über Handsatz und
Hochdruck weitergeben möchten

Wir bieten:
Eine historische Druck-Werkstatt
mitten in Graz für Interessierte
und Kreative

Mehr Infos über den Verein auf
www.druckzeug.at
Kontakt: office@druckzeug.at

WO:
Bühnenbau
Bauwerk
Annenstraße
Hitzelgasse



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 <http://www.landestierschutzverein.at>



Rocky ist ein im März 2013 geborener, kastrierter Huskymischlingsrüde. Er ist ein freundlicher und umgänglicher Kerl, der auch mit den meisten anderen Hunden zurecht kommt und sehr brav an der Leine Gassi geht. Er sucht aktive Besitzer, die mit ihm durchs Leben schreiten!



Shiela ist eine ca. 8-jährige Schäfermischlingshündin, die aufgrund privater Probleme heimatlos geworden ist. Sie ist eine menschenbezogene, verschmutzte Hündin, die jeden sofort in ihr Herz schließt. Sie geht gerne und brav Gassi, mag aber keine kleinwüchsigen Hunde.



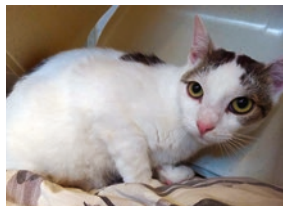
Tasso ist ein ca. 4-5-jähriger Schäferferrüde, der als Findling ins Tierheim kam, aber nicht vermisst wurde. Er ist ein lieber, verschmutzter Kerl, der leider gar nicht mit anderen Hunden zurecht kommt. Er sucht einen Einzelplatz, in dem er ins Familienleben integriert wird.



Lucky ist ein mittelgroßer Jack-Russel-Mischlingsrüde. Er ist anfangs etwas zurückhaltend, taut dann aber relativ schnell auf und verwandelt sich in einen richtigen Schmuser. An der Leine hat er eine große Klappe, aber sonst ist er ein braves und intelligentes Kerlchen.



Kessy ist eine kastrierte Freigängerkatze, die auf diesem Weg ein neues Heim für immer sucht. Sie ist aufgrund eines Umzuges heimatlos geworden und ist noch etwas zurückhaltend und schüchtern gegenüber Fremden.



Charles ist ein 3-jähriger, kastrierter Kater, der im Moment noch etwas schüchtern ist. Er sucht einen Platz mit Freigang, wo er für immer bleiben darf.



Drei weibliche **Ratten** unterschiedlichen Alters suchen auf diesem Weg einen guten neuen Platz. Wer nimmt sich der Nager an?



Wüstenrennmäuse. Fünf Wüstenrennmäuse (drei Männchen und zwei Weibchen) im Alter von 4 Monaten suchen ein neues Zuhause mit ganz viel Platz zum Erkunden und Gänge buddeln. Wer nimmt sie auf?



Der gemeinnützige Verein *gemma!* – GEMEINSAM MACHEN bietet wöchentlichen Freizeitaktivitäten für junge Menschen unterschiedlicher Kulturen. Der interkulturelle Austausch soll gefördert werden.

Ob am Fußballplatz, im Proberaum oder beim Bummeln in der Stadt: Bei *gemma!* – GEMEINSAM MACHEN kommen junge Menschen zusammen. Das Angebot ist kostenlos und vielseitig, z. B. Erzählcafé, gemeinsames Lernen, Musizieren, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Schwimmen, gemeinsame Workshops usw. Alle Interessierten sind willkommen. Das erklärte Ziel der Organisatoren: Brücken zwischen Einheimischen und Neuangekommenen zu bauen und die jeweilige Kultur dem anderen näher zu bringen.

Mehr Infos: www.gemma.group



American Dinner Show

✓ Country-Evergreens der 60er bis 90er Jahre
✓ Exklusives Dinner mit viel Witz & Humor

27.07.
2017 - 19 UHR

Restaurant SCHLOSSBERG
8010 Graz, Am Schlossberg 7

AMERICAN-SHOW.COM
19h30

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Fehlende Transparenz

Bei der Holding Graz ist seit Jahren keine Transparenz der Preispolitik gegenüber dem Kunden erkennbar. Es heißt, man handle zum Wohle des Kunden. Es gibt im Bad Eggenberg noch immer keinen Zehnerblock, es wird – wie zuletzt des Öfteren – das Sportbecken tagelang wegen Veranstaltungen gesperrt, zudem sind auch zunehmend an Sonn-

tagen Bahnen reserviert, das alles ohne Kompensation des Ausfalls – bei höchsten Preisen für Schwimmbäder in Österreich. Das Preis-Leistungsverhältnis ist in einem katastrophalen Missverhältnis, jegliches Bemühen der Stammgäste, eine Änderung herbeizuführen, fiel bis dato ins Wasser! Das Bad ist fest in den Händen der mächtigen Vereine, die von Steuergeldern finanziert werden, der Badegast

wird als Querulant hingestellt, falls er Kritik übt. Die 2-wöchige Verkürzung der Sommersaisonkarte ist eine versteckte Preiserhöhung, ein erneuter Marketingtrick zu Lasten der Kunden. Man rechne dann auch noch die zwei Wochen Revision der Halle ab – wenn das Wetter schlecht ist, ist man trotz Saisonkarte ausgesperrt.

Klaudia Aschbacher,
Judendorf-Straßengel

Flugtraining über Graz und Feinstaub

Vielen mag aufgefallen sein, dass an einem sonnigen Tag im Mai 2017 eine Verkehrsmaschine mit Schweizer Hoheitszeichen auf dem Seitenleitwerk den

ganzen Tag über Runden über der Stadt drehte – in auffällig niedriger Höhe. Die Maschine führte insgesamt 50 Trainingsstarts und Landungen samt vielen Überflügen und Flugmanövern über die Stadt Graz durch. All das in einer Höhe von wenigen hundert Metern. Dadurch wird das ohnehin schon unter starker Luftverschmutzung leidende Stadtgebiet zusätzlich noch erheblicher Abgas- und Staubbelastung ausgesetzt wird, die bei einem Treibstoffverbrauch von 2.500 l je Stunde der von 300 bis 500 PKW entspricht.

Da bei Großflugzeugen Gebühren in Höhe mehrerer tausend Euro für jeden

Start und jede Landung international üblich sind, hat man – anders als bei den Autos – kein Problem damit, wenn sich die Anzahl der Flugbewegungen und damit die Lärm- Abgas- und Staubbelastung erhöht. Der Flughafen samt technischer Infrastruktur wird gegen saftige Bezahlung als Trainings- und Ausbildungsstätte für angehende Piloten aus aller Herren Länder zur Verfügung gestellt. Daniel Vidic

Einmal gut – einmal schlecht

Die ÖVP hat unter Sebastian Kurz vorgezogene Nationalratswahlen provoziert. Bürgermeister Nagl hält das für eine gute Sache und hat sich in einer Aussendung hinter diese Vorgangsweise gestellt.

Fast im selben Atemzug behauptet er, dass die vorgezogenen Gemeinderatswahlen in Graz schlecht gewesen wären und dass die KPÖ dafür verantwortlich gewesen wäre. Er will das Elke Kahr immer wieder vorwerfen, wenn sie Verbesserungen für die Menschen verlangt. Abgesehen davon, dass die Behauptung so nicht stimmt: Was muss im Kopf des Bürgermeisters vorgehen, wenn er genau die gleiche Entwicklung einmal für gut und einmal für schlecht findet, je nachdem, ob ein Parteikollege dafür verantwortlich ist oder nicht?

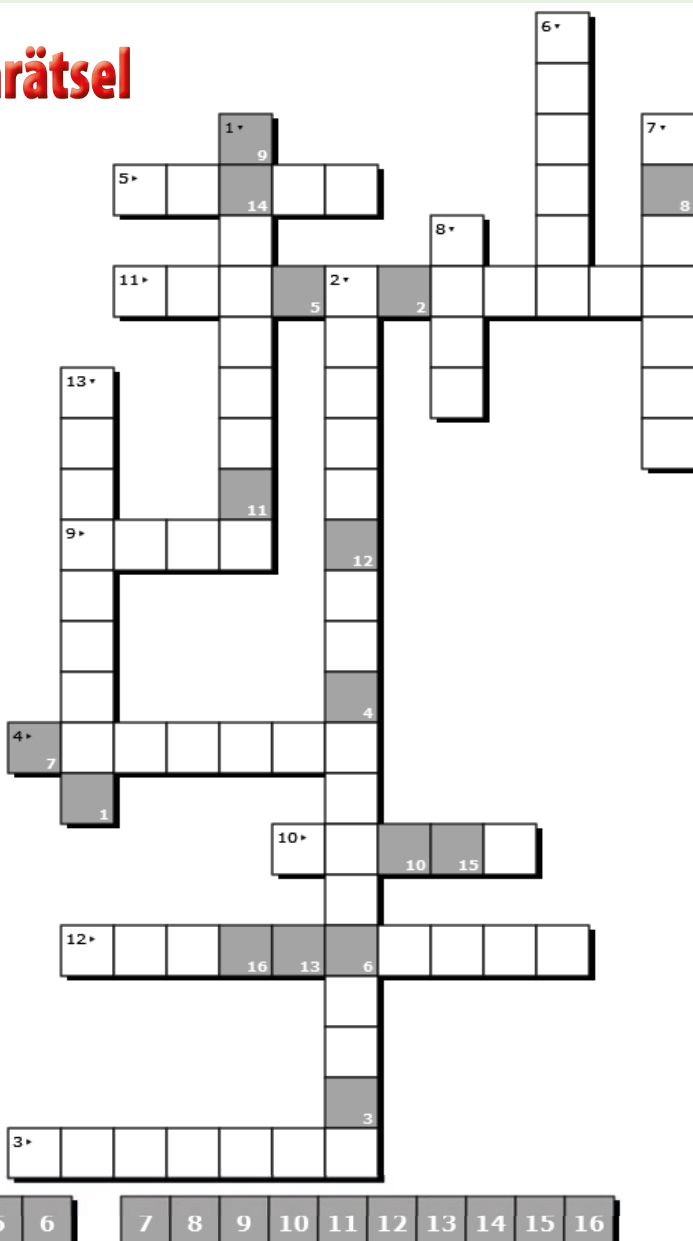
Erwin Achterl, Graz

GRAZER Stadtblatt-Schwedenrätsel

Die Lektüre des Grazer Stadtblattes ist bei der Beantwortung hilfreich!

1. Auf einer solchen müssen die Mieter in einem Haus in der Wienerstraße wohnen. (S. 2–3)
2. Bei ihr spart die ÖVP-FPÖ-Stadtregerung nicht. (S. 3)
3. Durch eine EU-Richtlinie wird sie gefährdet. (S. 4)
4. Für sie ist der Treffpunkt am 23. Juni um 17 Uhr am Südtirolerplatz (S. 4)
5. Reich und gesund – oder arm und ... (S. 6)
6. Es darf nicht arm machen. (S. 7)
7. Ihn soll es für Öffis, Rad und Fuß geben. (S. 8)
8. Sie wird in Mariatrost nun zweigleisig ausgebaut. (S. 9)
9. Bereits zum neunten Mal veranstaltete sie das Kicken gegen rechts im Augarten. (S. 10)
10. Hier stellt die KPÖ mit Gerti Schloffer die Bezirksvorsteherin (S. 12)
11. Ihn gibt es am Hasnerplatz nun nicht mehr. (S. 16)
12. Muss er wieder bluten? (S. 17)
13. Hier geht am 1. Juli wieder das Yugo Fešta über die Bühne. (S. 24)

Senden Sie die Lösung an:
stadtblatt@kpoe-graz.at
Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a,
8020 Graz. Unter den Einsendungen
werden Buchpreise
verlost.



Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Sonntag ab 15 Uhr, Kinderfreundheim Wetzelsdorf. **Für Anfänger und Quereinsteiger:** Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28.

Yugo Fešta

Moderation:

Irina Karamarković & Ivan Redi



**Brend Banda
Bojan Sedmak
Maxmaber Orkestar
Tamburaši Kavkler
Sosamma-Chor
Kulin Ban & Gäste
Bosnische Tanzgruppen
Kid Pex**

**BJ Nevenko
DJ Jurij
DJ Crna Trava**

**Kinderprogramm im Bildungsgarten
Balkan Spezialitäten**

Samstag 1. Juli 2017 ab 13 Uhr
Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz



www.volkshaus-graz.at

Impressum: KPÖ Graz, 0316 - 712479 • Eintritt frei • bei jedem Wetter